



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **27. Sitzung (öffentlich)**

22. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:03 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Stephan Vallata

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>a) Gedenkminute für Nadja Büteführ</b>	<b>5</b>
<b>b) Änderung der Tagesordnung</b>	<b>5</b>
Der Ausschuss verständigt sich auf Empfehlung der Obleute- runde darauf, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesord- nung zu ändern und TOP 7 – Thema: „Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs“ – als TOP 3 sowie TOP 8 – Stichwort: „Verwendungsnachweise“ – als TOP 4 in Verbindung miteinander aufzurufen.	
<b>1 Vorstellung der Studie der TU Dortmund und des DJI zur Fachkräfte- situation (Bildschirmpräsentation s. Anlage 1)</b>	<b>6</b>
– Gespräch mit sachverständigen Gästen	

**2 Sachstandsbericht Fachkräfteoffensive Sozial- und Erziehungsberufe** **24**  
*(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2289

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

**3 Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen** **30**  
*(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2275  
Vorlage 18/2288

In Verbindung mit:

**4 Verwendungsnachweise zu Ausgaben nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern**  
*(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2285

– Wortbeiträge

**5 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen** **39**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4585

Ausschussprotokoll 18/444 (Anhörung am 07.12.2023)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache und das Votum auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten –  
Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregie-  
rung** **40**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/477 (Anhörung am 19.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Frakti-  
onen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die  
Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

**7 Entwurf einer Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung „Fonds  
Frühe Hilfen“ zur Umsetzung der digitalen Antragsplattform der Bun-  
desstiftung Frühe Hilfen** **41**

Vorlage 18/2214  
Drucksache 18/7950 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Entwurf zur Kenntnis.

**8 Vor verschlossenen Türen? Wie haben sich die Kita-Schließungen seit  
2022 entwickelt? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **42**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2277

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgrün-  
den auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**9 Bericht über die Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens zum Kinderbildungsgesetz und den weiteren Zeitplan der Evaluation des Kinderbildungsgesetzes** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **43**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

\* \* \*

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

### **a) Gedenkminute für Dr. Nadja Büteführ**

**Vorsitzender Wolfgang Jörg** bittet alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben und der am 30. Januar 2024 verstorbenen Abgeordneten Dr. Nadja Büteführ zu gedenken.

### **b) Änderung der Tagesordnung**

Der Ausschuss verständigt sich auf Empfehlung der Obleute-  
runde darauf, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesord-  
nung zu ändern und TOP 7 – Thema: „Verzicht auf Expertise  
des Landesrechnungshofs“ – als TOP 3 sowie TOP 8 – Stichwort:  
„Verwendungsnachweise“ – als TOP 4 in Verbindung miteinander  
aufzurufen.

## 1 **Vorstellung der Studie der TU Dortmund und des DJI zur Fachkräftesituation** (Bildschirmpräsentation s. Anlage 1)

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Der Ausschuss hat die Autorin und die Autoren der Studie der TU Dortmund und des Deutschen Jugendinstitutes zur Fachkräftesituation zu dem heutigen Gespräch eingeladen. Ich begrüße Professor Dr. Rauschenbach sehr herzlich, den ich im Verlauf der letzten fünf Legislaturperioden immer wieder erlebt habe und der uns sicherlich viele Erkenntnislagen mit auf den Weg geben wird. Vielen Dank für Ihre Zeit und dass Sie sich die Mühe machen, uns Ihre Studie vorzustellen.

Für den Vortrag sind etwa 20 Minuten eingeplant, aber – ich habe das gerade schon zu Professor Rauschenbach gesagt – wir sind heute etwas großzügig, denn die zu gewinnenden Erkenntnislagen sind für unsere Arbeit von Bedeutung. Herr Rauschenbach, das heißt nicht, dass wir eineinhalb Stunden Zeit haben. Sie können aber zumindest alle Kernpunkte in Ruhe vortragen.

Frau Ministerin möchte uns jetzt noch einige Worte sagen. – Bitte.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI):** Bevor Professor Rauschenbach und sein Team in die Präsentation der sehr vielfältigen und wichtigen Erkenntnisse einsteigen, bedanke ich mich auf diesem Wege herzlich für die geleistete Arbeit. Das uns jetzt Vorliegende ist etwas Besonderes in Bezug auf die Frage zur Personalsituation in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt. Auf einer sehr breiten Datenbasis wurde der Versuch unternommen, einen relativen Gesamtüberblick zu schaffen.

Viele der Aspekte weiterhin zu untersuchen, ist lohnenswert. Viele der schon gelieferten Erkenntnisse werden möglicherweise handlungsleitend für unsere weiteren Betrachtungen sein. Deswegen gilt Ihnen mein herzlicher Dank dafür, dass Sie diese Kernarbeit – übrigens in dieser Art und Weise erstmalig in Deutschland – geleistet haben.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Meine Damen und Herren, einen schönen guten Morgen. Für die Einladung bedanke ich mich herzlich. Ich wurde gebeten, stellvertretend für das Team – übrigens nur der TU Dortmund – vorzutragen. Wir bilden zwar einen Forschungsverbund mit dem Deutschen Jugendinstitut, aber ich glaube, dass die Münchener – ich sage es einmal etwas überspitzt – gar nicht wissen, was wir gemacht haben; das werden sie erst mit der Veröffentlichung erfahren. Insofern ist es eine Eigenleistung des Landes und wurde nicht durch Bayern adaptiert. Das Dortmunder Team hat es umgesetzt.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Das hören wir gerne.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Das von Ihnen zu Recht genannte DJI gehört zwar zum Forschungsverbund, aber es handelt sich um eine Studie der TU Dortmund.

Die nun vorgelegte 220-seitige Studie, an der ein Team rund ein Jahr lang gearbeitet hat, kann man in 15 Minuten eigentlich nicht vorstellen. Wir können also nicht alle Fragen klären, die die Studie aufgreift. Dafür ist die Materie zu umfangreich und zu komplex. Vielmehr können wir Ihnen nur einen kleinen Ausschnitt vortragen. Der Anspruch ist, wie es die Ministerin gesagt hat, eine Bestandsaufnahme für die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen insgesamt zu machen. Vor diesem Hintergrund haben wir versucht, viel Material zusammenzutragen. Ein kleines bisschen davon möchten wir Ihnen vorstellen.

(Folie 2)

Damit Sie zumindest eine Grundidee entwickeln können: Die Studie hat insgesamt vier Teile. Wir nehmen zunächst eine Bestandsaufnahme für alle wichtigen Arbeitsfelder, also Kita, ASD, Hilfen zur Erziehung, Kinder- und Jugendarbeit sowie Kindersozialarbeit vor. Wir werten die Merkmale nach Alter, Geschlecht, Teilzeit und Qualifikation aus. Man ist dann doch erstaunt, wie unterschiedlich die Landschaft in Nordrhein-Westfalen über die Feldergrenzen hinweg beschaffen ist.

In einem zweiten Teil haben wir uns mit den Lücken beschäftigt. Eines der ersten Male in Deutschland überhaupt fragt jemand, wie es in Sachen „Arbeitslosigkeit“, „offene Stellen“, „Krankenstände in sozialpädagogischen Berufsgruppen“ und „Schließungen aufgrund von Meldungen gemäß § 47 SGB VIII“ aussieht bzw. was wir darüber wissen.

Genauso ausführlich haben wir uns – auch das ist total wichtig – mit der Ausbildungsfrage beschäftigt, denn die Ausbildung ist der Bereich, in dem der Nachwuchs anfängt. Man muss schauen, was dort eigentlich passiert, welche Ausbildungszahlen zu erwarten sind und wo die Reise hingeht.

Ebenfalls erstmalig haben wir schließlich für Nordrhein-Westfalen – bundesweite Berechnungen haben wir schon immer vorgenommen, aber auf Länderebene ist es sehr unterschiedlich – den künftigen Personalbedarf bis 2035 berechnet; dazu werde ich noch etwas sagen. In Ansätzen haben wir das auch bei den stationären Hilfen getan. Es ist allerdings eine eigene, komplizierte Materie. Darauf kann ich heute nicht näher eingehen.

(Folie 3)

Ich beginne nun mit den Erfolgsgeschichten, denn es wird noch bitter genug. Insofern fange ich erst einmal mit dem Positiven an. Wie viele Beschäftigte gibt es eigentlich insgesamt in der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen? Wir haben einen Zehn-Jahres-Ausschnitt gewählt; man könnte auch einen längeren Zeitraum nehmen. Vor zehn Jahren, 2010/2011, waren es 134.000 Beschäftigte. 2020 bzw. 2022 lagen wir bei rund 193.000 Beschäftigten. Inzwischen haben wir die 200.000er-Marke geknackt. Teilweise sind in dieser Woche, teilweise Ende letzten Jahres neue Zahlen erfasst worden, die wir in die Studie nicht mehr hineingenommen haben. Der Trend setzt sich also weiter fort. Zu erkennen ist auf jeden Fall ein Wachstum, nämlich ein Zuwachs von 44 %. In den letzten zehn Jahren ist also Gewaltiges passiert.

Die Statistik unterscheidet zwei Bereiche, nämlich zum einen den Kita-Bereich. Dort sind es 135.000 Beschäftigte. Es handelt sich also um den größten Bereich innerhalb

der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen, der mit 59 % personell überdurchschnittlich stark gewachsen ist. Zum anderen sind auch die anderen Felder – Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung usw. – ihrerseits um 17 % angestiegen. Insofern war das Wachstum insgesamt sehr stark.

Das muss man im Blick behalten, denn auch für den Arbeitsmarkt insgesamt ist es ein wichtiger Befund. Wir haben das für Deutschland insgesamt ausgewertet: Die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Sozial- und Erziehungsberufe sind mit der Informatik, der Altenpflege und mit einigen Gesundheitsbereichen – je nachdem, wie eng man das fasst – an der Spitze der Wachstumsberufe der letzten zehn Jahre. Es ist ein großer Bereich und eine der Branchen, die in den letzten 20 Jahren in Deutschland ein starkes Personalwachstum erlebt haben.

Wir sind auf dem Gesamtarbeitsmarkt inzwischen bei einem Zuwachs von 27 %. Der Zuwachs von knapp 60 % bei den Kitas liegt demnach deutlich über dem Normalwachstum in Deutschland.

(Folie 4)

Damit Sie sich diesbezüglich orientieren können, haben wir die Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen mit aufgenommen. Erstens erkennt man, dass dort nichts passiert ist. Die Zahlen sind in den letzten zehn Jahren relativ konstant. Zweitens herrscht in etwa Gleichstand, wenn man die aktuellen Zahlen mit zehn Jahre alten Zahlen vergleicht. Es besteht also ein gewaltiger Unterschied zur Kinder- und Jugendhilfe.

Ich habe mich mit ihrer 100-jährigen Personalgeschichte beschäftigt. Die Kinder- und Jugendhilfe hat klein und exotisch angefangen. Sie ist in 100 Jahren zu einem Feld geworden, das schon lange die Größenordnung des Schulsektors aufweist und bedeutend geworden ist. Das zeigt die gesellschaftliche Relevanz. Nicht umsonst hat man während der Coronapandemie von der Systemrelevanz der Kinder- und Jugendhilfe gesprochen. Ohne sie kann man viele Dinge in dieser Gesellschaft eigentlich nicht mehr organisieren. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Kinder- und Jugendhilfe geworden ist. Auch in den Zahlen drückt sich das aus.

(Folie 5)

Die zweite Erfolgsgeschichte stellen die Ausbildungszahlen dar. Mit Blick auf Anfängerinnen und Anfänger sind die Hochschulausgebildeten aus dem Bereich „Soziale Arbeit“ in den letzten zehn Jahren, zwischen 2011/2012 und 2021/2022, von 6.560 auf zuletzt 9.290 angestiegen. Auch bei den Erzieherinnen und Erziehern hat es in diesen zehn Jahren einen deutlichen Anstieg von rund 7.500 auf rund 9.500 Anfängerinnen und Anfänger gegeben. Der Bereich der Kinderpflege und Sozialassistenten ist numerisch am meisten gewachsen, nämlich von rund 17.500 auf 26.250 Anfängerinnen und Anfänger. Ein bisschen einschränkend muss man allerdings sagen: Das hat damit zu tun, dass die Sozialassistenten erst in dieser Zeit hinzu kam. Am Anfang gab es sie noch gar nicht. Zudem ragt sie als Bereich mehrheitlich in andere Bereiche hinein, die nicht für die Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung stehen.

Wir gehen davon aus, dass weniger als 10 % der Anfängerinnen und Anfänger tatsächlich als Sozialassistenten in diesem Bereich tätig sind. Trotzdem ist ein starkes Wachstum zu beobachten, sodass man zumindest nicht behaupten kann, die Berufe seien unattraktiv und die Zahlen gingen zurück. Vielmehr ist es im Grunde genommen weiterhin ein attraktives Arbeitsfeld, in dem viele junge Frauen eine Ausbildung beginnen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Und Männer überhaupt nicht?

(Christin Siebel [SPD]: Auch Männer!)

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Auch Männer, aber 85 bis 90 % sind Frauen; deswegen habe ich es betont. Kitas sind mit einem Frauenanteil von 96 % so eindeutig besetzt, dass andere – wenn es umgekehrt wäre – die Frauen vergessen und nur von Männern sprechen würden. Deshalb wollte ich die Frauen einmal hervorheben.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Genau, die Männer sind auch mitgemeint! – Heiterkeit von Christin Siebel [SPD])

Bei der Zahl der Absolventen ist das Bild im Grunde genommen das Gleiche. Dort gab es in den vorgenannten Bereichen ebenso einen Anstieg. Darauf möchte ich im Detail gar nicht eingehen, obwohl es ein spannender Punkt ist. Trotzdem möchte ich auf zwei Dinge hinweisen.

Erstens sind die Erzieherinnen, die im Kern die Hauptgruppe für die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen darstellen, auch bei den Absolventen zahlenmäßig am stärksten. Zuletzt gab es dort nach wie vor ein Wachstum.

Der zweite Punkt stimmt nachdenklich; man sollte sich Gedanken machen, ob er nicht ein Teil der Lösung des Problems wäre: Wenn man die Zahlen bei den Anfängern und Absolventen miteinander vergleicht, was man nicht für dasselbe Jahr tun kann, da es einen Zeitversatz von zwei bis vier Jahren gibt – wir haben wir für einen Vergleich einen Abstand von fünf Jahren gewählt –, dann erkennt man eine bemerkenswerte Drop-out-Quote. So wird das in der Wissenschaft genannt. Bei den Erzieherinnen und den Absolventen der Sozialen Arbeit an Fachhochschulen ist sie am geringsten. Bei der Kinderpflege und Sozialassistenten hingegen ist sie sehr hoch. Hierbei kommen 50 % am Ende nicht in dem Beruf an. In der Erziehungswissenschaft ist die Drop-out-Quote mit fast 50 % ebenfalls relativ hoch. Die Kinderpädagogik befindet sich im mittleren Bereich.

Pro Jahr beginnen rund 8.600 Menschen eine Ausbildung, aber beenden sie nicht. Wenn man sich klarmacht, dass die Anfänger im Prinzip motiviert sind, einen sozialen Beruf zu ergreifen, dann könnte darin auch ein Teil der Lösung des Rätsels liegen. Es ist völlig legitim, dass sich junge Menschen umentscheiden und wechseln wollen, aber in Anbetracht der von uns rekonstruierten Daten für NRW müsste man bei diesem Punkt nachhaken und fragen, ob Ausbildungsstätten etwas dazu beitragen könnten, dass am Schluss nicht so viele Anfänger abbrechen. Man muss keine neuen Anfänger finden und neue Ausbildungsplätze schaffen, wenn die vorhandenen Ausbildungs-

plätze besser genutzt würden. Wie gesagt, müsste man über dieses Problem sehr viel intensiver sprechen. Darauf kann ich jetzt nicht so intensiv eingehen.

Wir haben die Zahlen aus fünf Jahren addiert: 43.000 Menschen gehen im Laufe der Ausbildung verloren. Um die Größenordnung zu erfassen: Das Gesamtfeld zählt knapp 200.000 Menschen. Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass man die besagten 43.000 – in Anführungszeichen – zurückgewinnen könnte. Selbst wenn man 4.000 oder 5.000 zurückgewinnen könnte, wäre das ein wirklich großer Block. Dieses Thema weiterhin ernsthaft zu bedenken, scheint mir ganz wichtig zu sein.

Wenn ich es bilanziere, fällt trotzdem auf: Der Arbeitsmarkt ist dynamisch und wächst. Die Ausbildungszahlen sind gestiegen. Deshalb haben die Schwierigkeiten, die ich gleich anspreche, eindeutig nicht damit zu tun, dass sich das Arbeitsfeld auf dem Rückzug befände, unattraktiv wäre und die Menschen nicht dort arbeiten wollten. Gleichwohl kann man an jedem zweiten Tag in der Presse lesen: Es wird alles immer unattraktiver, und alle jammern nur. – Nein, es ist in quantitativer Hinsicht eine Erfolgsgeschichte.

Zu den Zuwachsraten: Seit 20 Jahren braucht das Feld jedes Jahr ununterbrochen mehr Personal als im Jahr davor. Diese Stellen müssen erst einmal geschaffen werden. Irgendwann läuft es dann aus dem Ruder, und die Relation von Angebot und Nachfrage stimmt nicht mehr. In dieser Situation befinden wir uns jetzt; wir alle erleben es. In der Öffentlichkeit entsteht allerdings schnell die Konnotation, dass es sich um unattraktive Berufe handele, die niemand ergreifen wolle. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. Vielmehr liegt das Problem in der nicht mehr ausreichenden Relation von Angebot und Nachfrage.

(Folie 6)

Als Drittes haben wir eine Vorausberechnung zum Kita-Personalbedarf in NRW bis 2035 vorgenommen. Diese ist so kompliziert, dass ich Ihnen eine Stunde lang dazu vortragen könnte. Sie müssen die Demografie berücksichtigen und ausrechnen, wie viele Menschen bis 2035 aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und wie viele benötigt werden. Es sind viele Faktoren einbezogen worden. Im Grunde genommen teile ich Ihnen nur die Ergebnisse mit.

Erstens haben wir untersucht, wie viele Menschen ausgebildet werden, also die kumulierte Anzahl an potenziellen Neuzugängen in NRW-Kitas. Das ist die bis 2035 hochgerechnete Summe derjenigen, die Sie vorhin bei den Absolventen kennengelernt haben. Natürlich werden aber nicht 100 % der Ausgebildeten im Arbeitsfeld „Kita“ tätig werden. Unsere Annahme ist vielmehr eine Übergangsquote von 60 % bei den Erzieherinnen. Studien geben uns den Hinweis, dass wir mit dieser Größenordnung rechnen müssen. Die anderen 40 % gehen in andere Felder der Kinder- und Jugendhilfe oder in Felder außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Manche gehen gar nicht in den Beruf, sondern machen eine weitere Ausbildung oder gründen eine Familie. Bis 2030 würden bei einer Übergangsquote von 60 % insgesamt 42.000 und bis 2035 knapp 68.000 Menschen sozialpädagogisch ausgebildet.

Wenn man diese Zahlen nun mit dem benötigten Personalbedarf ins Verhältnis setzt, dann sieht man, dass 2030 allein im Kita-Bereich zwischen 16.000 und 20.000 Fachkräfte fehlen werden. 2035 werden es immer noch zwischen 10.000 und 16.000 Fach-

kräfte sein. Wenn man den Mittelwert bilden würde, dann wäre man bei 8.000 bzw. bei vielleicht 12.500 bis 13.000 fehlenden Fachkräften. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Mit Blick auf die Zukunft gibt es keine Signale, dass wir nur ein bisschen Geduld haben müssten und dann alles wieder gut würde.

Wenn wir die heutigen Zahlen einigermaßen seriös hochrechnen – wir haben auch Wachstumsdynamiken und verschiedene Szenarien einbezogen –, dann folgt daraus, dass uns in den nächsten Jahren weiterhin Personal fehlen wird. Die Summe wird nicht kleiner, sondern sie steigt bis 2030 massiv. Das hat etwas damit zu tun, dass wir angenommen haben: Bis dahin ist der Rechtsanspruch endlich erfüllt, von dem Sie alle wissen, dass er nach wie vor nicht erfüllt ist. Später wird es dadurch etwas weniger, dass nur noch die Demografie und der Ersatzbedarf zählen. Klar: Wenn wir die Ausbildungszahlen verdoppeln, sieht alles komplett anders aus

Im Prinzip lautet die Kernbotschaft allerdings: Die Zukunft kann uns nicht helfen, indem wir es aussitzen und dann alles gut wird. Vielmehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieses Thema die Kinder- und Jugendhilfe in den nächsten Jahren massiv beschäftigen wird. Nur am Rande – wie gesagt, kann ich darauf heute nicht eingehen –: In den Hilfen zur Erziehung zeichnet sich Ähnliches ab. Wir erhalten also aus keiner Ecke ein Signal, dass das Problem sich in Luft auflösen würde.

Auch die Geburtenzahlen sind im Moment hoch, obschon sie nach allerneuesten, seit zwei Wochen existierenden Daten angeblich wieder zurückgehen. 2021 hatten wir trotzdem die höchste Geburtenzahl in diesem Jahrhundert. Das spielt ins Kita-System und die Jugendhilfe hinein. Die Zukunft sagt uns: Das Personal, das wir im Moment ausbilden, wird nicht ausreichen. Das alles wird in der Studie detailliert vorgestellt und von mir nur in Kurzform angerissen.

(Folie 7)

Nun komme ich zu einigen Punkten der aktuellen Situation. Das ist uns wichtig, da Jugendhilfestatistik in der Rückschau immer nur erkennen kann, was vor einem Jahr, vor zwei, fünf oder zehn Jahren war. Für 2022 – 2023 folgt in den nächsten Tagen – haben wir einige Analysen vorgenommen.

Es gibt sogenannte Berufsgattungen und -benennungen, auf die ich nicht näher eingehen kann. Es ist alles ziemlich diffus, was die Bundesagentur für Arbeit seit gefühlt 50 Jahren in unserem Arbeitsfeld tut. Das zeigt einmal mehr, dass dieses Feld gesellschaftlich kaum wahrgenommen wird. Ich habe Gespräche mit dem Chef der Bundesagentur für Arbeit geführt und ihn darauf hingewiesen, dass nicht wirklich etwas passiert. Man muss politisch darauf drängen, dass es inzwischen kein Beruf mehr ist, der eine Nische besetzt, sondern ein großes Feld umfasst. Diesbezüglich müsste die Statistik endlich verbessert werden.

Ich nenne nur ein Beispiel: In der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu offenen Stellen und gemeldeter Arbeitslosigkeit für die Berufsgruppe 831 – Sozialarbeit, Sozialpädagogik und -beratung – taucht zweimal die Berufsbenennung „Sozialpädagoge“ auf. Hilfsweise haben wir das „BA“ in dem einen Fall ergänzt, aber es ist überhaupt keine Erklärung für die doppelte Nennung; faktisch könnte man es zusammenfassen. In dem einen Fall werden 89 arbeitslos gemeldete Personen und zwölf offene Stellen für 2022 aufgeführt. Man

fragt sich, ob das eine Zahl für das gesamte Land sein soll, und sieht, wie merkwürdig das ist.

Dargestellt werden verschiedene Bereiche. Bei Kinderpflegehelferinnen etwa denkt man sich: Das sind aber viele. – Diese Qualifikation gibt es gar nicht. Es gibt unter den Kinderpflegerinnen keine formale Ausbildung. Vielmehr handelt es sich um eine Sammelkategorie, in die jeder hineinkommt, der irgendeine Schulung gemacht hat. In die Statistik muss das irgendwie einberechnet werden. Angesichts der hohen Summe denkt man sich, dass dort noch Luft sein muss.

Unter den aufgeführten Berufsgattungen bzw. -benennungen wird die „Spezialistin/Erzieherin“ mit 1.615 arbeitslos gemeldeten Personen, aber 2.400 offenen Stellen aufgeführt. Bei den „Experten/Sozialpädagogen“ sind knapp 1.500 arbeitslos gemeldet und 2.000 werden gesucht. Hierbei kommen auf 100 offene Stellen nur 74 Arbeitslose, das heißt: Nicht für jede Stelle steht eine Person zur Verfügung. Sie können sich vorstellen, wie prekär diese Lage ist. Umgekehrt sieht es bei der Berufsgruppe 831 – das ist der Sammelbegriff – besser aus. Dort entsteht der Eindruck, als kämen auf 100 offene Stellen knapp 300 Arbeitslose.

Bei den Helferberufen sehen Sie: Auch Betreuungshelfer als Fachkraft ist kein Ausbildungsberuf. Vielmehr ist es ein Verlegenheitsbegriff, der einmal mehr ausdrückt, dass die Bundesagentur für Arbeit es nicht in den Griff kriegt. Es handelt sich dabei um eine Sammelkategorie, in die Leute einsortiert werden, die gerne mit Kindern arbeiten möchten, aber keine Grundqualifikation mitbringen.

Bei den offenen Stellen ist zu erkennen – das finde ich interessant –: Der Markt sucht keine Hilfskräfte. Der Markt sucht Fachkräfte und braucht diese auch. Dessen ist man sich bewusst. Das drückt sich darin aus. Ich möchte Ihnen nur zeigen: Erst bei den sogenannten Fünfstellern, also Berufsklassifikationen mit fünf Ziffern, wird die innere Dynamik sichtbar. In der Arbeitsmarktforschung werden eigentlich immer nur Dreisteller wie die vorhin erwähnte Berufsgruppe 831 ausgewiesen. Wir haben versucht, all das in der Studie aufzubereiten.

(Folie 8)

Zudem haben wir krankheitsbedingte Fehlzeiten in einschlägigen Berufsuntergruppen für die Jahre 2021 und 2022 zusammengestellt; zum Zeitpunkt der Aufbereitung war das relativ aktuell. Wir warten nun sehnlichst auf die 2023er-Daten. Im Bereich der Kinderbetreuung – das ist ein Sammelbegriff – haben die Arbeitsunfähigkeitstage, also die per Krankenschein von vier großen Versicherern gemeldeten Tage, im Jahr 2022 in Summe zugenommen. Von diesen Versicherern, die inzwischen nach den Klassifikationen der Bundesagentur für Arbeit auswerten, haben wir die Daten erhalten. Die Versicherten liegen im Schnitt bei etwa 30 Krankheitstagen pro Jahr und Person. Ähnlich ist der Trend in den Bereichen „Sozialarbeit/Sozialpädagogik“, „Aufsicht“ und „Erziehungswissenschaften“. Das ist nicht unerheblich.

Wir verfügen über einige Vergleichszahlen: Bei den Berufen insgesamt, übrigens auch im Gesundheitsbereich, liegen wir bei etwa 20 Krankheitstagen pro Jahr und Person. Insgesamt größer sind die Zahlen im Bereich der Erzieherinnen und der Kitas.

Nicht miteinberechnet sind – nur damit das klar wird, da es oft ein Problem ist – schwangerschaftsbedingte Fehlzeiten. Auch nicht miteinberechnet ist, wenn man wegen der Kinder zu Hause bleibt oder nur einen Tag fehlt und keinen Arzt aufsucht. Es geht also um die Fehlzeiten, die auf Krankenscheinen basieren. Insofern ist die Realität fast dramatischer als das, was sich in der Statistik andeutet.

(Folie 9)

Eine letzte Analyse zu den Personalausfällen betrifft die Meldungen gemäß § 47 SGB VIII insbesondere mit Blick auf eine Personalunterdeckung. Die Kindertageseinrichtungen in NRW sind verpflichtet, gewisse Dinge zu melden. Im Detail eingehen will ich gar nicht auf das Gesetz oder darauf, was diesbezüglich relevant ist. Uns ging es um Personalausfälle im Zusammenhang mit Teil-, Gruppen- und Kita-Schließungen. Man muss deutlich sagen, dass Kita- im Gegensatz zu Teilschließungen und das Anzeigen von Personalausfällen kaum vorkommen

Wir verfügen über die Zahlen ab Januar 2022. Es ist ein Auf und Ab. Die zwei niedrigsten Werte im Juli 2022 und Juli 2023 markieren die Sommerferien. Zu diesen Zeitpunkten haben nur 1,6 % bzw. 1,8 % der Kindertageseinrichtungen eine Meldung zur Personalunterdeckung abgegeben. Es ist nicht erstaunlich, dass der Krankenstand dann nicht ganz so hoch ist. Im Dezember bzw. Januar lag dieser Wert bei 6,2 %, was wahrscheinlich ein Weihnachtseffekt zu sein scheint.

Vor ein paar Tagen haben wir die neuesten Zahlen erhalten, die noch einmal deutlich höher liegen. Inzwischen liegen wir bei 20 %, müssen es aber im Detail noch auswerten. Das zeigt: Wir müssen das Thema „Krankheit“ und die Folgen für die Kitas ernst nehmen – übrigens auch mit Blick auf Eltern, die erst morgens mitgeteilt bekommen, dass sie ihr Kind nicht bringen können. Das betrifft die gesamte Wirtschaft, also auch alle anderen Bereiche. Die Folgen müssen nicht nur die Kitas ausbaden, sondern auch für die Eltern, die sich dann selbst krankmelden, bedeutet es Stress. Alle Eltern wissen, wovon ich rede. Das ist ein nicht unkompliziertes Problem. Deswegen muss man diese Befunde genau beachten.

Im Endeffekt können wir allein aufgrund dieser Daten sagen, dass immerhin jede siebte Kita ein Problem meldet. Diese Problemanzeigen muss man ernst nehmen. Etwa die Hälfte der Kitas melden inzwischen Gruppenschließungen oder reduzierte Betreuungszeiten. Letztere sind für Eltern eine genauso große Herausforderung. Wenn ihnen mitgeteilt wird, dass sie ihr Kind leider schon um 14 Uhr abholen müssen, sie aber bis 16 Uhr arbeiten, dann ist das nicht trivial.

(Folie 10)

Ich komme zum Schluss und fasse es für Sie zusammen, da es so viele kleine Dinge gibt. In der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt und vor allem im Bereich der Kitas ist eine anhaltende Wachstumsdynamik zu beobachten. Es wird und muss auch weiter so sein, da das System ansonsten kollabiert; das muss man ganz klar sagen. Der Bedarf wird weiterhin steigen, womit wir politisch, fachlich und gesellschaftlich klar kommen müssen.

Gleichzeitig besteht eine Steigerung bei den sozialpädagogischen Ausbildungszahlen. In Sonderheit sind die Erzieherinnen und die Fachhochschulen mit der Sozialen Arbeit die wichtigen Marker. Der Studie können Sie entnehmen, dass die Anfängerzahlen zuletzt auch wieder bei den Erzieherinnen gestiegen sind, was erfreulich ist. Dadurch können wir hoffen, dass es dort weitergeht.

Wir werden für Nordrhein-Westfalen weitere Regionalanalysen machen. Unser Verdacht ist, dass es Regionen mit unterdurchschnittlich vielen Ausbildungsstätten geben könnte und somit auch keine Impulse ausgelöst werden. Das müssen wir uns noch einmal genauer anschauen.

Im Endeffekt wird die Angebot-Nachfrage-Dynamik schlechter. Wenn ich viele Fachkräfte benötige, aber nicht so viele vorhanden sind, dann gerät man irgendwann in eine Schieflage. Angesichts einer freien Berufswahl können wir es nie so genau planen, dass es in fünf oder zehn Jahren immer optimal passt, also niemand arbeitslos wird und jeder eine Stelle findet; das ist Wunschdenken. In offenen Gesellschaften funktioniert das aber nicht immer.

Im nächsten Jahrzehnt, nach unseren Berechnungen bis 2035, werden keine Verbesserungen zu erwarten sein, das heißt: Der Personalbedarf übersteigt das Ausbildungsangebot. Wir müssen uns deshalb Gedanken machen, wie wir mit dieser Situation umgehen. Der prekäre Arbeitsmarkt zeigt sich an den deutlichen Personalengpässen. Das – wenn man so will – Personalreservoir ist erschöpft. Dort ist nichts mehr zu holen, so dass Nachwuchs durch Ausbildung die zentrale Schlüsselstelle ist.

Im Moment gibt es für uns keine substanziiell belastbaren Hinweise, dass Quereinsteiger die Lösung des Rätsels sind. Diesbezüglich tut sich gerade in den unteren Berufsgruppen zu wenig. Dort besteht wenig Qualifikation. Aus fachlichen Gründen warne ich sehr davor, es zu sehr zu öffnen. Das wäre ein Rückschlag für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe jenseits der Eltern, die dann auch ein Problem hätten, wenn wir auf den Stand von 1850 zurückkehren würden, als Einrichtungen nur Betreuungs- und Verwahranstalten waren. Dann bekämen wir bei PISA demnächst noch schönere Ergebnisse. Uns allen sollte klar sein, dass dies nicht die Lösung des Rätsels ist.

Insgesamt ging es uns allen, auch im Gespräch mit dem Ministerium, folgendermaßen: Wenn man erst einmal die Daten betrachtet, dann ist man irgendwie erschlagen. Es ist ziemlich ernüchternd, und man fragt sich, wie man mit dieser Situation, die nicht bewusst herbeigeführt wurde, umgehen soll. Meiner Ansicht nach ist sie nicht hoffnungslos. Es gibt verschiedene Ansatzpunkte wie die von mir genannte Drop-out-Quote.

Allerdings muss man deutlich sagen: Wenn es weiter so wie bisher läuft, werden wir das nicht in den Griff bekommen. Es ist an der Zeit, über das Ministerium hinaus auch die Träger, die Kommunen und andere Ministerien einzubinden.

(Frank Müller [SPD]: Richtig! Genau!)

Das Thema „Ausbildung“ liegt nicht im Ressort von Frau Paul, sondern es liegt woanders. Das heißt: Man muss insgesamt eine konzertierte Aktion einleiten, in dem alle gemeinsam in einer Allianz überlegen, wie wir das Problem bewältigen können.

(Frank Müller [SPD]: Das passiere doch, hat man immer behauptet!)

Wenn wir Eltern nicht alleine lassen und den Kindern weiterhin eine gute Ausbildung bzw. Qualifizierung in einem frühen Alter geben wollen, dann sind alle gefragt und müssen in diese Richtung weiterdenken.

(Folie 11)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Vielen Dank für die Einführung in die Studie, Herr Professor Rauschenbach. Zum Teil sind die Zahlen erschreckend und haben uns klargemacht, dass sicherlich ein größerer politischer Handlungsbedarf ansteht.

Bevor wir zu Verständnisfragen kommen, die ich zulassen würde, habe ich eine Frage an Sie, Herr Professor Rauschenbach: Wenn meine Kolleginnen und Kollegen, speziell unsere Referenten, nach der Veröffentlichung auf die Studie zugreifen können, gibt es im Falle von tiefer greifenden Nachfragen eine Möglichkeit, Sie bzw. jemanden aus Ihrem Team zu kontaktieren? Es werden nicht Hunderte Nachfragen sein.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Meines Wissens gibt es einen vorbereiteten Presstext – ich weiß nicht, ob ihn das Ministerium erhalten hat –, in dem die Telefonnummern der beteiligten Kollegen stehen.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Verstehen Sie mich nicht falsch. Nur möchten wir die Inhalte nicht falsch interpretieren, und es kann natürlich zu Nachfragen kommen. Die Ausschussassistenten werden allen Kolleginnen und Kollegen deshalb den Kontakt zur Verfügung stellen.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Sie meinen, wenn Sie hineingeschaut haben und dann Fragen entstehen?

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Genau das meine ich.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Das sehe ich ganz genauso. Es sollte nur nicht dazu führen, wie Sie sagen, dass nachher Hunderte anrufen und gerne die Interpretation zu einer Tabelle hätten.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Nein, dazu wird es nicht kommen. Ich kenne unsere Referenten und Referenten gut genug. Es werden nur konkrete Nachfragen gestellt. Die Ausschussassistenten leitet die Ansprechpartner gleich entsprechend weiter. Dann wären wir alle auf Ballhöhe.

Gibt es Fragen? Wir sammeln.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** In der Tat ist es ein bisschen herausfordernd, aus der Hüfte heraus Fragen zu formulieren. Das sind wir allerdings gewohnt.

Zunächst eine wertschätzende Anmerkung: Auch wenn Sie selber von „ernüchternden Zahlen“ gesprochen haben, besitzen Sie eine sehr frische Art, das Ganze vorzutragen. Daher wirkte zumindest Ihr Vortrag nicht ernüchternd. Das war hinsichtlich der Aufmerksamkeit sehr hilfreich.

In Bezug auf den Bedarf an zusätzlichen Fachkräften haben Sie ausgeführt, dass Sie mit einer Erfüllung des Rechtsanspruches bis 2030 kalkuliert haben. Könnten Sie uns sagen, in welcher Größenordnung Sie dafür Plätze zugrunde gelegt haben? Es kursieren unterschiedliche Studien darüber, wie groß aktuell die Lücke in Nordrhein-Westfalen ist, die einer Erfüllung des Rechtsanspruches entgegensteht. Es wäre spannend, zu wissen, was wir bis dahin Ihren Annahmen zufolge erreicht haben müssen

Sie haben ausgeführt, dass es ein Weiter-so nicht geben dürfe und alle – Träger und andere Ministerien – mitmachen müssten. Bei den Trägern besteht aktuell das Problem, dass sie sich aufgrund von mangelnder Finanzierung in Bezug auf zusätzliche Ausbildungsplätze eher zurückhalten müssen. Ich würde es zumindest nicht als Vorwurf in diese Richtung verstehen wollen.

Haben Sie im Zusammenhang mit den anderen Ministerien, von denen Sie gesprochen haben, mit Blick auf die Zahlen auch das Thema „OGS-Rechtsanspruch“ mitbedacht? Es handelt sich dabei zwar nicht um frühkindliche Bildung, aber wir müssen auf denselben Pool an Kräften zurückgreifen. In welche Richtung müsste es diesbezüglich gehen? Dieser Bereich würde die Zahlen weiter erhöhen.

Das Ministerium möchte ich fragen, ob die Studie der TU Dortmund von Ihrer Seite konsensfähig ist? Entspricht die dort genannte Größenordnung also dem, was die Landesregierung in den nächsten Jahren anstrebt, auszugleichen? Oder sind Sie hinsichtlich der Größe der Lücken zurückhaltender?

**Jens Kamieth (CDU):** Ich danke Ihnen für den guten Bericht. Wir scheinen nun über eine einmalige Datenlage zu verfügen. Sie haben angedeutet, dass Sie mit Ihren Ausführungen nur an der Oberfläche bleiben konnten. Deswegen weiß ich nicht, ob Sie meine Frage beantworten können; vielleicht ist das in der Studie selbst enthalten.

Sie haben die mittlerweile geschlüsselten Krankenzahlen genannt, die Sie wahrscheinlich entschlüsseln können. Können Sie uns die Hauptgründe für Krankheit nennen? Es macht schließlich einen Unterschied, ob es sich um eine Grippe bzw. um eine Erkältung handelt, die man in der Kita vielleicht eher vermutet, oder aber um einen Burnout bzw. psychische Belastungen. Daraus ergeben sich sehr unterschiedliche Wegweisungen.

Haben Sie insbesondere mit Blick auf die Abbrecherquoten die praxisintegrierte Ausbildung – kurz PiA – und die klassische Ausbildung differenziert betrachtet? Könnten Sie uns dazu vielleicht noch weitere Informationen geben?

**Eileen Woestmann (GRÜNE):** Vielen Dank für die Zahlen. Ich glaube, niemand von uns hat damit gerechnet, dass sie anders ausfallen werden, da wir natürlich jeden Tag

über diesen Fachkräftemangel sprechen. Ich finde es gut, dass uns jetzt tatsächlich einmal Zahlen schwarz auf weiß und eine sehr differenzierte Betrachtung für Nordrhein-Westfalen vorliegen. Nur so können wir uns dem Problem nähern. Wenn man bedenkt, dass man seit über zehn Jahren von einem Fachkräftemangel spricht, ist es interessant, dass es so lange gedauert hat, bis man sich mit all diesen Fragen konkret auseinandersetzt; deshalb auch ein herzliches Dankeschön an das Ministerium für die Aufsetzung bzw. das Abfragen der Zahlen.

Sie haben vorhin gesagt, dass eine Lösung nur in Form einer gemeinsamen Kraftanstrengung von verschiedenen Ministerien, Trägern und Kommunen möglich ist. Sie haben zudem angesprochen, dass eine Kita-Schließung auch Folgen für die Wirtschaft hat. Wir hören immer wieder, dass der Fachkräftemangel in anderen Berufsfeldern vor allem durch Frauen gelöst werden könnte, sofern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr abgedeckt wäre und Frauen besser wieder arbeiten gehen könnten. Welche Rolle spielt die Wirtschaft bei der Frage nach Kita-Plätzen bzw. bei der Fachkräftegewinnung im Kita-Bereich?

**Marcel Hafke (FDP):** Auch von meiner Seite vielen Dank für den Bericht und die Studie. Ich habe zwei kurze Nachfragen zu den von Ihnen zugrunde gelegten Annahmen.

Stichwort „Bedarfsplanung“ bzw. Stichwort „demografischer Wandel“: Können Sie erläutern, wie diejenigen mit berücksichtigt worden sind, die in den nächsten Jahren in Rente gehen?

Wie Sie eben gesagt haben, gehen Sie nicht davon aus, dass Quereinsteiger einen relevanten Effekt hätten. Können Sie erklären, wie Sie zu dieser Annahme kommen?

**Frank Müller (SPD):** Ich will vorwegschicken, dass es gut wäre, wenn wir zuerst die Studie lesen würden, um danach tiefer in die Fragerunde einzusteigen. Ich muss ein bisschen aufpassen, dass ich bei einigen Sachverhalten nicht zu sehr in die Analyse gehe.

Sie haben gesagt, dass für dieses Thema diverse Verantwortlichkeiten auch in anderen Ministerien bestünden. Haben Sie sich in der Studie mit den Fragen zu Schulplatzbedarfen, zu der Entwicklung von Schulplätzen und zu der Ausbildung von entsprechenden Fachlehrerinnen und -fachlehrern auseinandergesetzt? Wie können Ausbildungsbedarfe möglicherweise gedeckt und die Lücke bei Lehrerinnen und Lehrern möglicherweise geschlossen werden?

Die Berichtslagen sind interessant. Seitens des Ministeriums für Schule und Bildung wird davon ausgegangen, dass es keinen weiteren Platzbedarf gibt, obwohl Träger immer wieder melden, dass es beim Matching zwischen Ausbildungswunsch und vorhandenem Schulplatz häufig zu Absagen kommt. Wahrgenommen wird also eine Unterversorgung, obwohl in bestimmten Regionen freie Schulplätze vorhanden sind. Sie haben en passant etwas zu Ausbildungsstätten gesagt. Da könnte es einen Zusammenhang geben.

Haben Sie gegebenenfalls auch die Abgänge bzw. die Nettozugewinne aus dem System gegengerechnet? Manche Menschen kehren dem System mehr oder weniger den

Rücken, weil sie sich anders orientieren und beruflich etwas außerhalb der Kita machen möchten; das ist durchaus möglich.

Sie haben uns die Krankheitszahlen dargelegt. Urlaub und Krankheitstage zusammen gerechnet, steht eine Fachkraft im Durchschnitt zwölf Wochen pro Jahr nicht zur Verfügung. Die Schließzeiten der Kitas im Sommer betragen im Durchschnitt lediglich drei Wochen. Manche Kitas schließen gar nicht. Es hat möglicherweise eine erhebliche Rückwirkung auf die Gesundheit der Erzieherinnen und Erzieher, weil unwillkürlich ein Dauerkonflikt zwischen Einrichtung und Eltern erwächst, wenn Eltern regelmäßig vor so einer Ausnahmesituation stehen. Das darf man nicht verschweigen.

Haben Sie sich damit beschäftigt, ob es zur Kompensation möglicherweise einen zusätzlichen Mehrbedarf an Fachkräften gibt? Ich spreche von Personalersatz: Gegebenenfalls werden Springerinnen und Springer gebraucht, um diesen Effekt ein Stück weit zu nivellieren. Das würde mich ganz akut interessieren.

Ich gehe davon aus, dass wir das im Ausschuss noch etwas intensiver diskutieren werden und Herr Professor Rauschenbach möglicherweise noch einmal eingeladen werden kann, um infrage kommende Lösungen mit uns zu besprechen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Heute geht es lediglich um eine Einführung in diese Thematik; das noch einmal als Hinweis. Wir haben die Möglichkeit, nachzufragen. Das ist ein wunderbares Angebot von Ihnen, Herr Professor Rauschenbach. Wenn sich daraus neue Erkenntnislagen ergeben, dann können wir natürlich parlamentarische Initiativen ergreifen; das ist jeder Fraktion frei überlassen.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (TU Dortmund):** Alle Fragen sind ebenso richtig und wichtig, wie die Probleme virulent sind.

Es wäre notwendig, unseren Austausch – das haben wir zumindest angedacht – als Auftrag zu betrachten und das vielleicht auch im Rahmen einer Veranstaltung mit freien Trägern und anderen Akteuren im Detail zu diskutieren. Im heutigen Rahmen ist das nicht möglich. Vielleicht wäre es ein Anlass, das Thema seriös weiter anzugehen. In unserem Forschungsverbund werden wir in Dortmund weiter an den Themen dranbleiben. Das haben wir mit dem Ministerium so abgesprochen, denn schließlich ist die Materie viel zu kompliziert und zu wichtig, um dies nicht zu tun.

Wir sind einfach nicht dazu gekommen, die teilweise von Ihnen angesprochenen Punkte zu berücksichtigen, weshalb wir nun weitermachen müssen. Ich gehe im Schnelldurchlauf einiges durch:

In Bezug auf die Zielgruppe bzw. -größe sind wir bis 2030 von einem Mehrbedarf von 48 % ausgegangen. Diese Berechnungen beruhen im Wesentlichen auf der so genannten Kinderbetreuungsstudie – kurz: KiBS –, die ich zu meiner Zeit im DJI mit auf den Weg gebracht habe. Wir befragen Eltern regelmäßig bundesweit und repräsentativ, wo ihre Kinder betreut werden und welche Angebote sie gerne hätten. Aus diesen Daten haben wir einen Ausblick ermittelt, der für NRW einen Wert von 48 % enthält. Es ist demnach noch eine große Wegstrecke im Zusammenhang mit Kindern im Alter von unter drei Jahren zu bewältigen.

Allein von der Personalseite gerechnet, benötigt man allein 60.000 Fachkräfte. Die Zahl der benötigten Betreuungsplätze ist entsprechend noch höher. Ich will gar nicht zu sehr ins Detail gehen. Es dient nur Ihrer groben Orientierung.

Das Thema „OGS“ haben wir bewusst weggelassen, da leider die Datenlage zum Personal – überspitzt könnte man sagen – unklar ist. Schulen sind bis heute nicht dazu in der Lage, außer Lehrkräften anderes Personal zu benennen. Wir wissen zu wenig über Schulsozialarbeit. Wir wissen nichts über das Ganztagspersonal. Ebenso wenig wissen wir etwas über andere Details.

In früheren Projekten mit dem Ministerium haben wir immer wieder versucht, Befragungen durchzuführen, sind dabei aber an unsere Grenzen gestoßen und haben kein Gesamtbild erhalten. Das alles sind amtliche Daten. Es handelt sich dabei also um eine Vollerhebung. In anderen Zusammenhängen entstehen so viele Selektionseffekte, dass man den Ist-Zustand nicht ermitteln kann.

Nichtsdestotrotz werden wir a) die OGS weiterhin im Blick behalten bzw. stärker ins Blickfeld rücken; das wäre im aktuellen Fall allerdings zu viel gewesen.

Wir sind b) davon ausgegangen, dass nur 60 % der Erzieherinnen im Kita-Bereich tätig sein werden und der andere Teil im Heim, in der Jugendarbeit oder in der OGS arbeiten wird. Das muss man mit bedenken, sonst macht man einen Fehler.

Das Thema „Krankheitsursachen“ wollen wir nun angehen. Uns ist aufgefallen, dass die Zahl der psychisch bedingten Krankheiten etwas zugenommen hat. Für mich ist das ein Belastungsindikator dafür, dass die Gesamtsituation für Fachkräfte zu stressig ist, besonders, wenn noch eigene Kinder und deren Kita-Betreuung hinzukommen. Natürlich hat die Coronapandemie dabei eine Rolle gespielt; das dürfen wir nicht kleinreden.

Zum Thema „PiA“: Meiner Erinnerung nach ist diese in der Studie enthalten und wird differenziert betrachtet. Ganz nüchtern betrachtet, muss man aber sagen: Auch bei der PiA gibt es Abbrecher. Es ist also keine reine Erfolgsgeschichte. Das wollen wir noch einmal näher beleuchten.

Ich will Ihnen ein NRW-spezifisches Problem benennen, das im Bund so nicht existiert: Bei Ausbildungen in Berufskollegs kann man zwei Abschlüsse absolvieren, nämlich einen allgemeinen schulischen und einen fachlichen Abschluss. Nicht wenige entscheiden sich für den schulischen Abschluss und studieren im Anschluss. Allerdings erhalten wir als Zahl nur die abgeschlossenen Erzieherinnenausbildungen und wundern uns, warum diese Absolventen nie im Arbeitsmarkt ankommen. Die Schattenseite dieser Doppelabschlüsse ist also, dass die allgemeinen Abschlüsse möglicherweise attraktiver als die fachspezifischen Abschlüsse sind. Was diese Detailprobleme bedeuten, müssten wir uns ebenfalls genauer anschauen.

Zu den allgemeinen Folgen für den Arbeitsmarkt: Unser Schwerpunkt lag bei der Studie darauf, eine Situationsanalyse bzw. Bestandsaufnahme anzufertigen, die Daten also entsprechend aufzubereiten, und nicht darauf, uns intensiv mit Lösungen zu beschäftigen. Insofern sind die Effekte für den Arbeitsmarkt nur mittelbar zu erkennen. Wenn Kitas

oder Teilgruppen geschlossen bzw. Öffnungszeiten reduziert werden, dann kommen auf die Eltern sich auch auf den Arbeitsmarkt auswirkende Folgeprobleme zu.

Jeder Zeitungsleser weiß: Die Situation am Arbeitsmarkt ist insgesamt prekär geworden. Das alles wird in den nächsten Jahren noch schlimmer werden, weil dramatisch viele Angehörige der Boomer-Generation in Rente gehen und von unten nicht so viele Arbeitskräfte nachrücken. In Deutschland gibt es inzwischen 220 sogenannte Engpassberufe, das heißt: Auf eine offene Stelle kommt weniger als ein Arbeitsloser. Vor fünf Jahren waren es nur etwa 40 Berufe. Das zeigt, wo überall Personal fehlt. Wir verfügen dementsprechend über eine zu dünne Personaldecke, die man im Blick haben muss.

Zum Thema „Rente“: Sofern uns entsprechende Daten zur Verfügung standen, haben wir diese, so gut es geht, einberechnet. Leider hat die Rentenstatistik vor zehn Jahren aufgehört, berufsspezifische Zahlen dazu auszuweisen. Durch die Jugendhilfestatistik verfügen wir jedoch über den kompletten Altersaufbau und können simulieren, wie viele Arbeitskräfte zu welchem Zeitpunkt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Natürlich haben wir auch bedacht, dass man nicht mehr mit 65 Jahren, sondern in einem höheren Alter in Rente geht.

Zum Thema „Quereinstiege“ gibt es bislang fast keine Empirie. Möglicherweise verfügen die Ministerien darüber, aber uns steht sie nicht zur Verfügung. Vor einem knappen Jahr haben wir zusammen mit dem Deutschen Jugendinstitut in München das Fachkräftebarometer Frühe Bildung veröffentlicht, bei dem es im Kern um Kitas geht. Anhand dessen kann man sehr gut zeigen, dass die Zusammensetzung des Personals im Bereich jenseits der Fachkräfte expandiert ist, nämlich im Bereich der PiA und der Ausbildungen an sich. Die Zahl derjenigen ohne Ausbildung, also der Quereinsteiger, indes hat sich bis 2022 gar nicht verändert. Für uns war das ein Indiz: Bislang zeigt uns keine substanzielle Empirie, dass dies ein zumindest – in Anführungszeichen – kleines Massenthema ist.

Ich will überhaupt nicht widersprechen, dass man im Bereich des Quereinstiegs Anstrengungen unternehmen sollte, aber darüber wird man die von mir dargelegten großen Probleme nicht lösen können.

Zum Thema „Ausbildung“ bzw. „Ausbilder“: Ich glaube, dass ich der Erste bin, der sich in Deutschland mit diesem Thema beschäftigt hat. Schon in meiner Zeit in Tübingen während der 80er-Jahre habe ich darüber mit dem Kultusministerium von Baden-Württemberg verhandelt. Die Mehrheit der Bundesländer hat bis heute keine Lehramtsausbildung; das muss man klar sagen.

Ich bin 1989 nach Dortmund gekommen. Es war der einzige Standort in NRW, der eine Lehramtsausbildung angeboten hat. Ich habe selber ausgebildet. Sehr vereinfachend und zugespitzt gesagt: Ich halte die Anzahl der Ausbildungsstätten nicht für das Kernproblem bei den Ausbildungen. Viele andere Länder greifen auf erfahrene Sozialarbeiter, Diplom-Pädagogen und Erziehungswissenschaftler heutiger Art zurück. Es gab Zusatzausbildungen für Kinder- und Jugendliteratur. Mir fielen viele Dinge ein, wie man das lösen könnte. Zudem sind die Ausbildungsstätten inzwischen ausgeweitet worden: Wir haben Wuppertal und Paderborn; es tut sich einiges.

Das Thema „Abgänge“ ist total spannend und uns wirklich wichtig. Eine Kollegin, die mit mir im Deutschen Jugendinstitut sehr intensiv zusammengearbeitet hat, hat in Nürnberg mit der Bundesagentur für Arbeit entsprechende Forschung betrieben. Über einen jährlichen Meldezettel zu den Sozialabgaben an die Bundesagentur lässt sich erfassen, ob jemand noch bei demselben Arbeitgeber wie im Vorjahr ist. Es handelt sich um ein hochkompliziertes Berechnungsverfahren. Dabei kommt heraus, dass der Kita-Bereich per saldo 1 Prozent der Arbeitskräfte pro Jahr verliert, also mehr abwandern als hinzukommen.

Allerdings ist es in anderen Bereichen der Jugendhilfe viel dramatischer. Ich nenne ihnen zwei.

Das eine ist der ASD im Jugendamt, wo wir aufgrund von Problemen beim Kinderschutz eine Flucht tendenz der älteren Generation erkennen, die sich dem Risiko nicht aussetzen möchten, vor Gericht erscheinen zu müssen. Der Zuwachs von jungen, unerfahrenen Fachkräften ist überdurchschnittlich hoch, was aus meiner Sicht ein riesiges Problem ist. Eigentlich sollten in diesem Bereich die erfahrenen Fachkräfte arbeiten.

Das andere sind die Hilfen zur Erziehung. Ich habe in den 80er-Jahren meine erste Verbleibstudie erstellt. Schon damals hat sich gezeigt, dass viele Fachkräfte ihr Berufsleben zum Beispiel im Heim starten und nach zehn Jahren gehen. Wir müssen also auch dringend über das Thema „Bindung“ sprechen: Wie schaffen wir es, dass nicht so viele Fachkräfte abwandern? Welche Anreize kann man schaffen? Lässt sich zum Beispiel eine Betriebsrente für diejenigen einführen, die bleiben wollen? Wir verlieren viel zu viele Fachkräfte. Wenn man diese Abgänge jedes Jahr kompensieren muss, dann ergibt sich auch bei den Zugängen ein riesiges Problem. Aus vielerlei nachvollziehbaren Gründen halten Neuzugänge nicht durch; ich mache das niemandem individuell zum Vorwurf. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir über die Struktur eine bessere Bindung erzielen können.

Wir müssen an dem Thema „krankheitsbedingte Fehlzeiten“ dranbleiben. Sie haben es völlig richtig gerechnet. Uns muss klar sein: Wenn man Urlaubs- und Krankheitszeiten addiert sowie Weiterbildungstage berücksichtigt, dann wird das von den Trägern und Einrichtungen benannte Problem zu hoher Ausfallzeiten und unzureichender Relationen umso deutlicher.

Um es an einem Punkt deutlich zu machen – mir liegen gerade nur die Bundeszahlen vor –: Bei den Kitas gab es in den letzten 10 bis 15 Jahren einen Milliardenzuwachs an Kosten pro Jahr. Die Gesellschaft hat es bisher mitgetragen, und auch zu Recht. Kitas stellt niemand infrage. Die Kinder- und Jugendhilfe hingegen ist gemessen an dem, was sie vor 20 Jahren gekostet hat, richtig teuer geworden. Deswegen muss man um jeden weiteren Euro ringen und klarmachen, dass es sich um eine gesellschaftliche Aufgabe handelt, die sich nicht mehr zurücknehmen lässt.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI):** Zunächst möchte ich Herrn Professor Rauschenbach und den Kolleg\*innen für die Vorstellung der Studie danken. Sie haben es selbst gesagt, auch als wir im Ministerium darüber gesprochen haben, dass einen die Zahlen erschlagen, aber nicht nur aufgrund von Effekten, über die wir teilweise nicht

wirklich überrascht waren, da sie das Ergebnis einer längeren Entwicklung sind. Vor allen Dingen erschlagen einen die Zahlen, weil Sie eine so umfassende Studie vorgelegt, so viele unterschiedliche Bereiche in den Blick genommen und so viel an Datengrundlage ausgewertet haben.

Man kann durchaus mitnehmen, dass kein Grund besteht, sich zurückzulehnen. Es besteht allerdings auch kein Grund, in Hoffnungslosigkeit zu verfallen. An vielen Stellen gewinnt man den Eindruck, dass es sich um das – Sie haben es auch gesagt – unattraktivste Arbeitsfeld von allen handeln würde. Die Zahlen hingegen zeigen sehr deutlich, dass nach wie vor sehr viele Menschen in diesem Arbeitsfeld tätig sind, nämlich so viele wie noch nie. Zudem gibt es so viele Ausbildungsplätze und ausbildungswillige Menschen wie noch nie.

Trotzdem haben Sie die Herausforderungen richtig beschrieben. Diese werden wir weiter diskutieren und uns natürlich sehr genau anschauen, wie Bindung nicht nur im Beruf, sondern auch in der Ausbildung, also direkt am Anfang der beruflichen Qualifikation und Karriere, gestärkt werden kann.

An manchen Stellen wissen wir nicht, ob Wechsel vielleicht auch innerhalb des Systems der Sozial- und Erziehungsberufe erfolgen. Das wäre durchaus nicht als negativ zu betrachten, da dies auf die Durchlässigkeit innerhalb des Systems verweist. Dadurch sind insgesamt nicht mehr Fachkräfte im System, aber es gehen dem System auch keine Fachkräfte verloren. Es kann durchaus im Sinne einer beruflichen Entwicklung und Perspektive sein, dass man das Tätigkeitsfeld innerhalb der Sozial- und Erziehungsberufe wechselt.

Die Zahlen basieren auf unterschiedlichen Modellierungen, die mit bestimmten Annahmen arbeiten. Klar ist, dass es eine Fachkräftelücke gibt – nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, obgleich wir primär darauf schauen. Dementsprechend müssen sich unsere Anstrengungen dahin gehend ausrichten. Im Zusammenhang mit der Modellierung stellen diese Zahlen eine Spannbreite dar, die den dringenden Handlungsbedarf sehr deutlich zeigt. Das nehmen wir sehr klar aus dieser Datengrundlage mit, um dort weiter anzusetzen.

Wichtig ist es, sich mit der Frage nach dem Quereinstieg zu beschäftigen. Möglicherweise bestehen dort unterschiedliche Grundannahmen und Definitionen. Im Bereich der Kita-Helfer\*innen kommen Menschen in das System, die durchaus angenommen werden und sehr gut für das System sind. In anderen Bereichen wie dem qualifizierten Quereinstieg haben sich die Bundesländer inklusive uns erst auf dem Weg gemacht. Dass es dazu noch keine wirklich validen Daten gibt, liegt am noch laufenden Aufbau.

Die „eine“ Lösung – auch das zeigt die Studie sehr deutlich – werden wir nicht finden. Vielmehr sind es unterschiedliche Stellschrauben, die es sich lohnt, anhand dieser Daten vertieft anzuschauen.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Herr Rauschenbach, vielen Dank für Ihren Vortrag und Ihre Arbeit. Allen im Raum ist klar, dass wir dieses Thema im Ausschuss noch intensiv beraten werden. Es würde mich auch nicht wundern, wenn parlamentarische Initiativen es erfordern werden, dass wir uns hier noch einmal sehen.

Das ist der Applaus für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Sie haben bemerkt, dass wir die vorgesehene Zeit lockerer verdoppelt haben, da uns das Thema unter den Nägeln brennt. Ich wünsche Ihnen einen hohen Wirkungsgrad.

## 2 Sachstandsbericht Fachkräfteoffensive Sozial- und Erziehungsberufe (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2289

### Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) berichtet:

Ich beschränke mich möglicherweise einfach nur auf bestimmte Punkte, die im Grunde an das in TOP 1 Besprochene anschließen können. Anhand der Studie, aber auch anhand der Dinge, die wir im Ausschuss richtigerweise immer wieder diskutieren, wird sehr deutlich, dass es nicht die „eine“ Maßnahme bzw. die „eine“ Lösung gibt, um die Dinge irgendwie wieder in Reihe zu stellen.

An unterschiedlichen Beispielen will ich deutlich machen, dass wir uns die Stellschrauben schon zuvor angeschaut haben, wir die Datengrundlage aber zum Anlass nehmen werden, uns gezielter damit auseinanderzusetzen.

Ein Punkt ist bereits angesprochen worden: das Thema „Ausbildung“. Auch zu der Frage des Matchings – das wird in dem Bericht deutlich – befinden wir uns innerhalb der Landesregierung im Dialog, um deutlicher zu adressieren, wie Schulen, Schulplätze und ausbildungswillige Menschen besser zusammenfinden. Dahin gehend sind die ersten Erkenntnisse und auch die Überlegung, wie man das vertiefter in den Blick nehmen kann, für uns sehr gewinnbringend. In einigen Regionen besteht ein Schulplatzmangel. In manchen Regionen liegt die Annahme nahe, dass es möglicherweise kein ausreichendes Angebot gibt. Das könnte dazu führen, die betreffende Region an sich für Fachkräfte attraktiver zu machen. Soll heißen: Wenn ich dort eine Ausbildung beginne, bleibe ich vielleicht auch in dieser Region.

Zum Bereich „qualifizierter Quereinstieg“. Ich bin der Überzeugung, dass wir natürlich mehr Menschen im System brauchen. In der Zukunft wird es allerdings unterschiedliche Zugänge zu dem System geben: erstens die schulische Ausbildung, zweitens die praxisintegrierte Ausbildung und drittens Wege des qualifizierten Quereinstiegs.

Ein Quereinstieg ohne Qualifizierung ist nicht des Rätsels Lösung. In allen Bundesländern, auch in Nordrhein-Westfalen, werden derzeit Modelle erdacht und auf den Weg gebracht, um den qualifizierten Quereinstieg zu erproben und voranzubringen. Das kann und wird ein weiterer Baustein sein.

Gleichermaßen muss man zudem ergänzende Kräfte beispielsweise im Bereich der Kita-Helfer\*innen berücksichtigen. Ein tolles Projekt, über das wir hier schon gesprochen haben und das immer weiter ausgerollt wird, stellen die Integrationsbegleiter\*innen dar. Frauen und mittlerweile auch Männer mit Migrations- und Fluchthintergrund haben die Möglichkeit, als Integrationsbegleiter\*innen in das System „Kita“ einzusteigen, dort weitere Perspektiven für sich zu entwickeln und weitere Ausbildungswege zu gehen.

Über 60 % der Integrationsbegleiter\*innen haben in diesem Bereich eine weitere fachliche Ausbildung absolviert. Diese Übergangszahlen sprechen durchaus für das

Projekt, das mittlerweile an – wenn ich das richtig im Kopf habe – zwölf Standorten in Nordrhein-Westfalen weiter erprobt und ausgerollt wird. Diese Möglichkeit besteht darüber hinausgehend in weiteren Kommunen. Wir werden weiter dafür werben, diese sinnvolle Ergänzung bzw. sinnvolle Möglichkeit zum Einstieg von neuen Fachkräften in den Blick zu nehmen.

Ein kleiner Baustein, den wir Ihnen ebenfalls vorgestellt haben, ist die Kampagne „#WTFuture“, um in einem ersten Schritt junge Menschen vor dem Berufseinstieg deutlicher darin zu bestärken, eine Tätigkeit in den Sozial- und Erziehungsberufen in Erwägung zu ziehen. Diese Kampagne soll sukzessive auf andere Zielgruppen ausgeweitet werden. Sicherlich gibt es Menschen, die sich den – auch das ist nicht die Lösung – Einstieg aus einer anderen beruflichen Tätigkeit in die Sozial- und Erziehungsberufe vorstellen können

Abschließend möchte ich einen Punkt erwähnen, der ausnahmsweise nichts mit dem Kita-Bereich zu tun hat: Auch im ASD besteht ein Personal- und Fachkräftemangel. Außerdem gibt es die von Herrn Professor Rauschenbach beschriebenen Schwierigkeiten, dass früher viele erfahrene Kräfte im System waren und heute viele Berufsanfängerinnen im System sind.

Wir haben eine ASD-Vertiefungsspur auf den Weg gebracht, die über eine engere Kooperation von Hochschule und Jugendamt für einen höheren Praxistransfer bereits im Studium sorgen soll. Zum einen kann das möglicherweise ein Beitrag dafür sein, Studierende im Studium zu halten, wenn sie eine höhere Praxisanbindung haben und wissen, was sie in dem Berufsfeld eigentlich erwartet. Zum anderen bietet die Vertiefungsspur eine bessere Vorbereitung auf eine Tätigkeit im ASD.

Natürlich kann man zu Beginn einer beruflichen Tätigkeit – das ist überhaupt kein Vorwurf an die Kolleginnen und Kollegen – nicht über den Erfahrungsrahmen verfügen, der bei den sehr komplexen Entscheidungen und Vorgängen im ASD oftmals notwendig ist. Dementsprechend ist es wichtig, schon im Studium – das wollen wir mit dieser ASD-Vertiefungsspur versuchen – bessere Grundlagen dafür zu legen. Gleichzeitig unterstützten viele Jugendämter die Neueinsteigenden mit Onboarding-Prozessen sehr aktiv, was sehr zu begrüßen ist, und geben ihnen so die Möglichkeit, in diese Rolle hineinzuwachsen.

Das war ein schneller Überblick über Dinge, die ich noch ausführlicher darstellen könnte, aber dann dauert es entweder länger, oder ich muss noch schneller sprechen.

(Heiterkeit)

Auch wenn sich Ministerin Paul die in der Studie der TU Dortmund vorgelegten Zahlen nicht zu eigen machen wolle, so **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, müsse angesichts der gigantischen personellen Herausforderung im Kita-Bereich unbedingt eine zu erreichende Zielmarke gesetzt werden. Laut Professor Rauschenbach bestehe bis 2030 ein jährlicher Personalbedarf von 3.300 zusätzlichen Fachkräften eingedenk der Tatsache, dass nur 60 % der Auszubildenden anschließend eine Tätigkeit in einer Kita aufnehmen. Auch mit Blick auf das Thema „OGS“ habe es die Landesregierung bisher versäumt, darzulegen, mit welchem Personal der Rechtsanspruch ab 2026 erfüllt werden solle.

Das zentrale Problem bei der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen im Kita-Bereich sei ein finanzielles. Die Träger könnten es sich derzeit nicht leisten, praxisintegrierte Auszubildende einzustellen und gleichzeitig das Bestandspersonal zu halten. Die PiA koste pro Person zwischen 60.000 bis 70.000 Euro, wohingegen die Möglichkeit zu einer Refinanzierung nur in einer Größenordnung von 16.000 Euro bestehe. In der vollschulischen Ausbildung bestünden zudem nicht die notwendigen pekuniären Anreize für Ausbildungswillige.

Die vorgelegte Studie enthalte keine Informationen mit Neuigkeitswert, da sich alle dort aufgeführten Punkte vornehmlich auf Betreiben seiner Fraktion schon zuvor in der politischen Diskussion befunden hätten und immer wieder thematisiert würden. Die Landesregierung hingegen diskutiere nicht darüber. Positiv hervorzuheben seien allerdings die Fortschritte bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die die Landesregierung nicht nur angekündigt, sondern auch umgesetzt habe.

**Frank Müller (SPD)** zeigt sich dankbar dafür, dass Ministerin Paul bei der Schaffung von Schulplätzen im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe die Existenz unterversorgter Regionen als Problem zumindest anerkenne. Das MSB hingegen relativiere die vorliegenden Zahlen, indem es einen Durchschnittswert bilde, was er für ein massives Problem halte.

Wenn das Land die vorgesehenen Klassenfrequenzrichtwerte von etwa 30 Kindern erreicht habe, sei es zu spät für einen massiven Ausbau. Dieser müsse jedoch zur Deckung zukünftig erwartbarer Bedarfe schnellstmöglich geschehen, und zwar auch auf die Gefahr hin, die Klassenfrequenzrichtwerte dadurch zumindest zeitweise zu unterschreiten. Diese Sichtweise würden vermutlich auch die Träger teilen.

Viele Auszubildende und Studierende müssten zur Finanzierung ihrer schulischen bzw. universitären Ausbildung nebenher arbeiten gehen. Die Abbrecherquoten zeigten auf, dass viele eine solche zusätzliche Belastung neben der ohnehin anstrengenden Ausbildung nicht bewältigten. Durch eine bessere Relation von Studierenden und Lehrenden könnten die Abbrecherquoten gesenkt werden. In diesem Zusammenhang interessiere es ihn, ob seitens des Schulministeriums eine Anschlussstudie geplant sei, um herauszufinden, inwieweit sich eine bessere Begleitung sowohl während der PiA als auch während der schulischen Ausbildung positiv auswirken könnte.

Ministerin Paul möge zudem etwas intensiver in das Thema „Matching“ einsteigen. Er wolle diesbezüglich wissen, welche Schlussfolgerungen sie im Dialog mit dem MSB ziehe und welche Konsequenzen sich aus der Absenkung des Klassenfrequenzrichtwerts bzw. aus dem vorgezogenen Ausbau von Schulplätzen möglicherweise ergäben. Ein zusätzlicher Bedarf bestehe auch dann noch, wenn jeder Schulplatz im Rahmen des Matchings belegt worden sei.

**Marcel Hafke (FDP)** fragt, ob das MKJFGFI die durch die ergriffenen Maßnahmen erzielten Effekte quantifiziert habe. Ein Sachstandsbericht wäre das geeignete Mittel gewesen, um darüber aufzuklären. Nach Ansicht seiner Fraktion könne das bisher diesbezüglich Geleistete ohnehin nur als Einstieg begriffen werden. Mit Blick auf die

nächsten Schritte müsse ein Masterplan entwickelt werden, der über das im vergangenen Jahr vorgelegte Sammelsurium hinausgehe.

Im Zusammenhang mit der Fachkräfteoffensive des Vorjahres bedauere er es, dass einige Maßnahmen noch nicht umgesetzt worden seien, weshalb er Ministerin Paul um eine Stellungnahme zu den jeweiligen Themen bitte. Das „Kita-FSJ“ etwa tauche in ihren Berichten überhaupt nicht mehr auf.

Für die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, die bereits mehrere Landesregierungen beschäftigt habe, liege nach wie vor keine Lösung vor. Er frage die Landesregierung, inwiefern diese beabsichtige, auf der Bundesebene die Anerkennung zu ermöglichen bzw. zu beschleunigen.

Seit zwei Jahren werde über das Thema „Quereinstieg“ diskutiert. Zwar habe die Landesregierung den Quereinstieg in die Sozial- und Erziehungsberufe für einen Teil der Berufsgruppen geöffnet, jedoch müssten über den in der Studie aufgeführten Berufskanon hinaus weitere, auch fachfremde Professionen miteinbezogen werden, um von einem tatsächlichen Quereinstieg sprechen zu können.

Bezugnehmend auf den schriftlichen Sachstandsbericht von Ministerin Paul, stellt **Nina Andrieshen (SPD)** die Verständnisfrage, ob sich die darin aufgeführten gesundheitsfördernden Maßnahmen und altersgerechten Tätigkeiten in erster Linie auf Personen mit Leitungsaufgaben oder auf alle Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bezögen. Ferner wolle sie erfahren, inwieweit das Ministerium beeinflussen könne, ob Träger die geplanten Maßnahmen in Anspruch nähmen

In der öffentlichen Debatte werde der Kita-Bereich von einer sehr großen Lobby vertreten, während insbesondere das System der Kinder- und Jugendhilfe weitaus weniger präsent sei, so **Eileen Woestmann (GRÜNE)**. Dies werde der dramatischen Situation in der Jugendhilfe nicht gerecht. Daher begrüße sie es, dass sich die politische Debatte über den Personal- bzw. Fachkräftemangel auch auf diesen Bereich erstrecke, gleichwohl sich ein Zugriff darauf schwieriger gestalte.

Ministerin Paul möge ausführen, welchen Stellenwert der Kinder- und Jugendbereich innerhalb der Fachkräfteoffensive der Landesregierung aufweise.

Im Zuge des Matchings einen nordrhein-westfälischen Mittelwert als Bewertungsgrundlage heranzuziehen, hält **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** nicht für zweckdienlich. Stattdessen müsse die jeweilige regionale Situation in den Blick genommen werden. Um genau diese Thematik zu erörtern und um zudem die Praxisstellen im KiTa-Finder sichtbar zu machen, hätten das MSB, das MAGS, die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und ihr Haus in diesem Jahr bereits eine landesweite digitale Veranstaltung durchgeführt. Die ergriffenen Maßnahmen seien zwar kein Allheilmittel, führten aber zumindest dazu, Probleme zielgenauer zu adressieren und Verbesserungen zu bewirken.

Als Teil eines Sofortprogrammes habe die Studie der TU Dortmund eine konkrete Datenbasis erbracht, die der Landesregierung als Handlungsgrundlage diene. Diese

werte die breitgefächerten Inhalte nun Stück für Stück weiter aus, um im Anschluss gemeinsam über die nächsten Schritte zu sprechen. Die Angaben zum zukünftigen Fachkräftebedarf beschrieben eine Art Korridor, auf den sich das MKJFGFI mit seinen Maßnahmen fokussieren werde.

Ausländische Berufsabschlüsse in nicht reglementierten Berufen könnten nach einem Erlass der Landesregierung über das Datenportal „anabin“ anerkannt werden. Die Landesregierung ermutige die Träger, davon regen Gebrauch zu machen. Darüber hinaus prüfe sie derzeit, wie auch das Anerkennungsverfahren im Bereich der reglementierten Berufe, die einer staatlichen Anerkennung bedürften, vereinfacht werden könne.

In der Tat hätten sich mit dieser Problematik bereits viele Landesregierungen beschäftigt. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die bundesweite Dimension der Thematik habe der Bundesrat auf Initiative des Landes NRW eine Entschließung zur Fachkräftegewinnung und Arbeitsmarktintegration gefasst. Darin werde etwa das Recht auf eine Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung gefordert. In NRW selbst habe die Landesregierung mit der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung eine Stärkung des Systems bewirkt.

Von gesundheitsfördernden Maßnahmen sollten sowohl Fach- als auch Leitungskräfte profitieren. Neben Leitungsaufgaben könnten nämlich auch Gruppen- und Schichtdienste zu einer Belastung führen. Mit der entsprechenden Problematik und den Ergebnissen, die die Studie diesbezüglich ergeben habe, werde sich das MKJFGFI lösungsorientiert auch im Austausch mit den Trägern weiter auseinandersetzen.

Im Übrigen seien in vielen Einrichtungen und über Trägerstrukturen hinweg Systeme zur Gesundheitsförderung durchaus schon etabliert. Hierbei gelte es, voneinander zu lernen.

Neben der Fachkräfteoffensive in den Sozial- und Erziehungsberufen bestehe zu dieser Thematik eine im MAGS angesiedelte interministerielle Arbeitsgruppe, an deren ressortübergreifenden Zusammenkünften er regelmäßig teilnehme, schildert **StS Lorenz Bahr (MKJFGFI)**. Damit sich die personelle Situation innerhalb der Erziehungsberufe verbessere, müsse die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unbedingt auch in diesem Sektor geregelt werden.

Für den Fachkräftemangel spiele die demografische Entwicklung als Ursache eine erhebliche Rolle. Bis 2030 würden 30 % der Beschäftigten über alle Industriezweige hinweg den Arbeitsmarkt verlassen. Nur 15 % dieser Beschäftigten könnten durch nachrückende jüngere Arbeitskräfte ersetzt werden. Derzeit in Vorbereitung befinde sich ein Fortschrittsbericht, der demnächst den parlamentarischen Raum erreichen werde und dem er inhaltlich nicht vorgreifen wolle.

Zu keinem Zeitpunkt habe die Landesregierung in Bezug auf das Thema „Matching“ in Abrede gestellt, dass mit Blick auf die Inanspruchnahme von Schulplätzen regionale Unterschiede bestünden. Die Ausbildungskapazitäten etwa in Siegen erführen keine so intensive Nachfrage wie in den urbanen Bereichen, darunter Köln und Düsseldorf.

Anders als behauptet, sei es sehr wohl die Absicht der Landesregierung, sich mit den im Rahmen der Studie der TU Dortmund wissenschaftlich ermittelten Zahlen und den daraus abgeleiteten Konsequenzen auseinanderzusetzen.

Der Effekt weiterer Maßnahmen im Bereich „Ausbildung“ sei wahrscheinlich gering. Vordringlich müsse die Politik auf Abgänge und Zugänge im Rahmen der Ausbildung schauen.

**3 Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2275  
Vorlage 18/2288

In Verbindung mit:

**4 Verwendungsnachweise zu Ausgaben nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2285

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Von unserer Seite vielen Dank an den Landesrechnungshof, dass er der Einladung des Ausschusses gefolgt ist.

Zunächst werde ich mich auf das Thema „Förderprogramme“ beziehen, da ich es durchaus bemerkenswert fand, dass das Finanzministerium – Ihr Ministerium – darauf hinweisen musste, dass die Landeshaushaltsordnung vollständig und nicht nach Belieben anzuwenden sei. Eigentlich hätte ich es für eine Selbstverständlichkeit gehalten, dass sich eine Landesregierung an die Landeshaushaltsordnung hält und dazu nicht von anderer Seite ermahnt werden muss. Offensichtlich war das aber dennoch der Fall.

Mindestens genauso sehr treibt uns die Frage nach der Qualität der Förderrichtlinien um. Der Landesrechnungshof hat sehr eindeutig herausgestellt, dass nicht nur die Beteiligung im Allgemeinen, sondern auch die Qualität dessen, was ihm vorgelegt wird, zu wünschen übrig lässt.

Frau Paul, wenn es dann heißt, dass viele dieser aus Ihrem Ministerium stammenden Entwürfe erhebliche und in der Regel vermeidbare, da erkennbare Qualitätsmängel aufwiesen, dann ist das etwas, was auch für die Trägerlandschaft schwierig ist. Schließlich wird irgendjemand mit Ihren Förderprogrammen umgehen müssen. Wenn diese sich aufgrund von Qualitätsmängeln verzögern oder in der Anwendung schwierig sind, dann halte ich das für problematisch.

Darum habe ich eine Frage an den Landesrechnungshof. Sie haben in Ihrem Bericht auch darauf hingewiesen, dass es zu zeitlichen Verzögerungen gekommen ist und dass Sie 40 statt 21 förmliche Entscheidungen zu 21 Förderrichtlinien treffen mussten. Können Sie quantifizieren, welche Größenordnung so eine Zeitverzögerung hat? Ist es so, dass man einfach nur E-Mails hin- und herschickt und am nächsten Tag dann die richtige Entscheidung treffen kann? Oder sprechen wir über Wochen bzw. über noch längere Zeiträume?

Gehörten zu diesen Förderrichtlinien auch solche, die wir im Ausschuss sehr intensiv diskutiert haben? Ich denke dabei beispielsweise an die Förderung der Sprach-Kitas

oder die Förderung der Kita-Helfenden? Waren diese auch von Qualitätsmängeln und dadurch von zeitlichen Verzögerungen betroffen?

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Bevor ich Frau Professorin Mandt das Wort erteile, bitte ich die Landesregierung, kurz Stellung zu nehmen.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI):** Der beschriebene Bericht des Landesrechnungshofs von 2023 führt auf, dass das damalige Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration auf die Möglichkeit verzichtete, von der Prüfungs- und Praxiserfahrung des LRH zu profitieren und Hinweise zur Verbesserung der Fördererlasse zu erhalten.

Ende 2022 hat der LRH angemerkt, dass das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration als Rechtsnachfolger des MKFFI entgegen seiner Zusage gegenüber dem Landesrechnungshof teilweise weiterhin nicht mit rechtzeitiger Beteiligung aufwarte, und abschließend seine Forderung nach einer rechtskonformen und frühzeitigen Beteiligung bekräftigt.

Ich will für die Landesregierung an dieser Stelle sagen, dass wir das selbstverständlich sehr ernst nehmen und dem auch mit unterschiedlichsten Maßnahmen nachgekommen sind. Allein im Zeitraum von 2022 bis Januar 2024 hat das MKJFGFI Entwürfe zu rund 25 Richtlinien zur Herstellung des Einvernehmens bzw. zur Unterrichtung nach § 44 Landeshaushaltsordnung vorgelegt.

Insofern war das Jahr 2023, in dem im Anschluss an das oben genannte Prüfungsverfahren besonders viele Richtlinien zur Bearbeitung anstanden und für die Landesregierung zugleich Richtlinien zur Umsetzung des Sondervermögens zur Krisenbewältigung zu konzipieren waren, von besonderen Herausforderungen geprägt.

Im Haus haben wir verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Frage zur Qualität der Förderrichtlinien in den Blick zu nehmen. Die Förderrichtlinien sind für ein förderndes Haus natürlich von großer Bedeutung, aber auch komplex. Dementsprechend ist es für uns wichtig, dass wir auch innerhalb des Hauses durch Fortbildung und Qualifizierung unterstützen, damit Förderrichtlinien in der nötigen Qualität mit dem Landesrechnungshof sowie mit dem Finanzministerium abgestimmt werden können.

Es war wichtig, weitere Maßnahmen zu ergreifen, da man unter Umständen nicht jeden Tag eine Förderrichtlinie schreibt. Wir haben also dezidierte Maßnahmen ergriffen, um sowohl dem berechtigten Anspruch des Landesrechnungshofes, eine rechtzeitige Beteiligung auf den Weg zu bringen, Rechnung zu tragen, als gleichermaßen auch dem ebenfalls berechtigten Einwand des Landesrechnungshofes hinsichtlich der Qualität Rechnung zu tragen.

Trotzdem muss man natürlich zugestehen: Im letzten Jahr haben wir im Ergebnis eine so hohe Zahl an Förderrichtlinien auf den Weg gebracht, dass es im Einzelfall durchaus vorgekommen sein kann, dass eine frühzeitige Einbeziehung des Landesrechnungshofes verabsäumt wurde. Hierzu hat das MKJFGFI inzwischen hausinterne qualitätssichernde Maßnahmen entwickelt, um den Anforderungen des Landesrechnungshofes dauerhaft nachkommen zu können.

**Prof.'in Dr. Brigitte Mandt (Landesrechnungshof NRW):** Da wir im Rahmen eines Kollegialprinzip arbeiten, würde ich unserer Übung entsprechend gerne meiner Kollegin Frau Dr. Engler das Wort geben. Ich bin nicht das unmittelbar sachbearbeitende Mitglied, sondern das ist sie. Insoweit ist das angezeigt, wenn Sie dem zustimmen.

(Vorsitzender Wolfgang Jörg signalisiert Zustimmung.)

Ich bin auch nur deshalb dabei, weil ich die zweite Person des Kollegiums darstelle. Frau Dr. Engler ist in meiner Abteilung, und wir arbeiten zusammen. Deswegen ist das schon so ein bisschen die Antwort auf Ihre Frage: Da wir bei jeder Entscheidung zwei Mitglieder einbinden, ist das intern nicht ganz unerheblich.

Frau Engler wird sicherlich noch mehr dazu sagen.

**LMR'in Dr. Friederike Engler (Landesrechnungshof NRW):** Gerne antworte ich auf Ihre Frage. Die Ministerin hat vieles vorweggenommen, was zur Beantwortung beiträgt.

Förderrichtlinien sind nicht unkomplex – das ist der eine Bereich –, und unser Haus bzw. unser gemeinsames Kollegium, in diesem Fall Professorin Mandt und mich, hat eine sehr hohe Zahl an Förderrichtlinien erreicht. Wie lange die Befassung mit einer individuellen Förderrichtlinie, deren Bearbeitung und vielleicht die Rückkopplung aufgrund von Nachfragen dauert, kann nicht quantifiziert werden. Das hängt wirklich vom Einzelfall ab.

Natürlich ist auch klar: Wenn wir nur eine Entscheidung dazu treffen müssen und wenn die Qualität gehalten wird, geht es naturgemäß schneller, als wenn es fünf Entscheidungen sind.

Sie fragten, ob hierbei auch Richtlinien betroffen waren, die Sie kennen und über die Sie intensiv beraten haben. Sie haben drei genannt: die „Familienbildung“, „Gemeinsam MehrWert“ und „kinderstark“, wobei zwei davon vormals Fördergrundsätze waren, beispielsweise die Richtlinie „Familienbildung“, zu der wir fünf Entscheidungen treffen mussten. Bei „Gemeinsam MehrWert“ haben uns drei Entwürfe erreicht. Zu „kinderstark“, das speziell in Rede stand, haben wir zumindest einmal nicht das Einvernehmen erteilen müssen; erst als uns der zweite Entwurf vorgelegt wurde. Es hat uns dann auch noch ein dritter erreicht.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ich habe vorhin zusätzlich nach den Sprach-Kitas und Kita-Helfenden gefragt. Das hatten wir in der schriftlichen Anfrage nicht speziell gefragt. War diesbezüglich alles in Ordnung? Konnten Sie kurzfristig durchwinken?

**LMR'in Dr. Friederike Engler (Landesrechnungshof NRW):** „Kurzfristig durchwinken“ gehört insgesamt nicht zu unserem Arbeitsstil.

(Heiterkeit – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich entschuldige mich!)

Es ist dennoch keine Richtlinie, die hier im Detail erwähnenswert wäre. Wir finden immer Dinge, und das ist auch gut so. Nicht darauf haben wir in unserem Beratungsbericht hingewiesen. Wenn die Qualität im Ministerium eingehalten wird – wir sind sehr

erfreut, dass Maßnahmen ergriffen wurden –, dann kommt am Ende dabei eine gute Richtlinie für alle Betroffenen heraus.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Auch ich war damals im entsprechenden Ausschuss zugegen, der sich intensiv mit Ihren Fragen befasst. Ich als Landtagsabgeordneter freue mich weiterhin, wenn Verfassungsorgane beteiligt werden.

Um es für mich transparent zu machen: Wie läuft das im Ministerium ab? Ist jede einzelne Abteilung mit Förderrichtlinien befasst? Oder schlägt eine Abteilung vor, was sie fördern möchte, und erarbeitet dann eine spezielle Fachgruppe die Richtlinien?

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI):** Deswegen haben wir ja Fachabteilungen, die die Schwerpunkte der Arbeit festlegen. Dementsprechend müssen natürlich die Fachabteilungen die Förderrichtlinien mit Unterstützung der Zentralabteilung und ihres Sachverständigen auf den Weg bringen. Damit wir die Qualität in der Breite sicherstellen können, haben wir im Haus qualitätssichernde Maßnahmen ergriffen.

Im Jahr 2023 musste eine Vielzahl von Förderrichtlinien auf den Weg gebracht werden, die das Sondervermögen betroffen haben. Das hat dazu geführt, Förderrichtlinien für besondere Tatbestände schnell aufsetzen zu müssen. Trotzdem ist der entscheidende Punkt, dass wir qualitätssichernde Maßnahmen weiterhin angestoßen haben. Unser Ziel ist es, im Sinne der Arbeitseffizienz des Hauses und im Sinne der jeweiligen Fördernehmer die Förderrichtlinien schnell und gut auf den Weg bringen zu können.

Es war zum Beispiel nötig – darauf hat Frau Engler eben hingewiesen –, Dinge in eine Förderrichtlinie zu bringen, die zuvor durch Fördergrundsätze geregelt waren, also eine Umstellung vorzunehmen. Das soll größere Klarheit auf allen Seiten sicherstellen. Unser Ziel ist es, das auf diese Weise möglichst sicherzustellen.

**Frank Müller (SPD):** Eine präzisierende Nachfrage an Frau Ministerin bzw. Frau Dr. Engler mit Blick auf das Kita-Alltagshelfenden-Programm: Kann also – wenn ich das sprachlich richtig decodiert habe – ausgeschlossen werden, dass es aufgrund von Qualitätsmängeln bei der Förderrichtlinie zu Verzögerungen gekommen ist?

Ich habe bewusst eine geschlossene Frage gestellt.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ich leite langsam zu der zweiten Vorlage über. Deswegen ist es nicht schlecht, dass ich nur noch eine Frage zu diesem Punkt stelle.

Sie haben ausgeführt, dass das Ministerium erst versucht hat, dort Billigkeitsregelungen nach § 53 Landeshaushaltsordnung zu nutzen, wo eigentlich § 44 angezeigt gewesen wäre. In welchen konkreten Fällen war das denn der Fall?

**LMR'in Dr. Friederike Engler (Landesrechnungshof NRW):** Das betrifft keine der übrigen genannten Richtlinien. Das betrifft den Bereich „Integration“ und dort eine Richtlinie, bei der wir auf die Einhaltung der Vorschriften hingewiesen haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Und die sehr geschlossene Nachfrage des Kollegen Müller, die man sehr kurz beantworten kann?)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Herr Müller, wiederholen Sie bitte Ihre Frage.

**Frank Müller (SPD):** Ich habe gefragt – weil ich das nicht ganz verstanden habe –, ob mit Blick auf das Kita-Alltagshelfenden-Programm ausgeschlossen werden kann, dass es aufgrund von Mängeln an der Förderrichtlinie zu Verzögerungen gekommen ist.

**LMR'in Dr. Friederike Engler (Landesrechnungshof NRW):** Sie haben gerade richtigerweise schon gesagt, dass die Frage an den Landesrechnungshof oder auch an das Ministerium gehen kann. Das ist nicht in unserem Prüfungsauftrag enthalten, uns eine Richtlinie anzuschauen. Das mag Ihnen vielleicht das Ministerium beantworten können. Ich halte das für spekulativ.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Mag das Ministerium antworten? Kommt es zu Verzögerungen, wenn da irgendetwas festgestellt wird?

(Frank Müller [SPD]: Ist es bei diesem Programm konkret zu Verzögerungen gekommen?)

**StS Lorenz Bahr (MKJFGFI):** Jede Förderrichtlinie ist unter anderem mit dem Landesrechnungshof abzustimmen, aber auch mit dem FM. Alleine diese Abstimmungsprozesse führen zu – wenn Sie so wollen – Verzögerungen, da die Förderrichtlinie natürlich nicht sofort, nachdem sie geschrieben wurde, veröffentlicht werden kann. Das gehört doch dazu. Das ist doch so vorgesehen.

(Frank Müller [SPD]: Zusätzliche Verzögerungen, Herr Staatssekretär!)

– Nein.

(Frank Müller [SPD]: Das ist so schwer nicht zu verstehen!)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Dann kommen wir zu dem zweiten Bereich.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Herr Staatssekretär, mit welcher Verve Sie das vorgetragen haben! Vor dem Hintergrund der uns vorgelegten Berichte des Landesrechnungshofs ist das überraschend, da Sie selber einräumen mussten, dass Sie den formalen Kriterien nicht immer Genüge getan haben.

Habe ich gerade ein „doch“ gehört, Herr Staatssekretär? Sie haben den formalen Kriterien immer Rechnung getragen? Das heißt: Der Landesrechnungshof hat uns eigentlich falsche Berichte vorgelegt?

(Unruhe)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Ganz ruhig! Bitte die Frage, und dann wird das Ministerium oder der Rechnungshof antworten.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Wir kommen zu der nächsten Vorlage. Darin geht es um die Verwendungsnachweise, die seit geraumer Zeit nicht vollständig abgeschlossen werden können. Die Frage an den Landesrechnungshof lautet: Welche Konsequenz erwächst eigentlich daraus? Sie sagen, dass es eine rechtliche Notwendigkeit sei und nicht im Belieben stehe, ob es getan werde. Es ist aber bis heute nicht vollständig. Da diese Verwendungsnachweise aufeinander aufbauen, türmt sich ein Problem auf.

Die Sorge in der Kita-Landschaft ist: Wenn es möglicherweise zu einer frühzeitigen Fehleinschätzung kommt, dann zieht sich das durch die Jahre, und als Kita muss man irgendwann einen verdammt hohen Betrag zurückzahlen, mit dem man vorher gar nicht gerechnet hat. Das ist in der jetzigen Situation natürlich eine besondere Schwierigkeit.

In Richtung Landesregierung möchte ich fragen: Wenn Sie gar nicht Bescheid wissen, wie hoch die Rücklagen bei den Trägern sind, weil die Verwendungsnachweise noch nicht vorliegen, ist es dann vielleicht ein bisschen optimistisch, damit zu kalkulieren, dass die Träger aufgrund der jetzigen Finanzierungsschwierigkeit auf ihre Rücklagen zurückgreifen könnten? Wie Sie ausgeführt haben, gestatten Sie den Trägern mittlerweile, Mittel aus der Rücklage für Investitionskosten zu entnehmen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Man braucht allerdings eine Kenntnis über Größenordnungen, um überhaupt eine realistische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Träger vornehmen zu können. Daher müsste es ein verdammt hohes Interesse dieses Ministeriums sein, dass diese Verwendungsnachweise vorliegen, um entsprechend nachsteuern zu können.

Ein weiterer Punkt: Wir haben die Frage gestellt, wie das eigentlich bei den Kitas ist, die unterjährig Kinder aufgenommen und deshalb einen Anspruch haben, zusätzliche Mittel zu bekommen. Sie haben in der Beantwortung darauf hingewiesen, dass das nicht über die Verwendungsnachweise geregelt werde. Die Fragestellung ist natürlich: Haben alle Kitas, die unterjährig zusätzliche Kinder aufgenommen haben, im Nachhinein auch die Mittel für diese Kinder erhalten? Die Frage ist also, ob es für Träger überhaupt attraktiv ist, Kinder unterjährig aufzunehmen. Genau das brauchen wir dringend, nicht nur für die Flexibilität im System.

**Eileen Woestmann (GRÜNE):** Durch die Äußerung von Herrn Maelzer wird so ein bisschen der Eindruck erweckt, dass alleine das Ministerium daran scheitern würde, die Verwendungsnachweise innerhalb der Zeit anzufertigen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Habe ich doch gar nicht gesagt!)

Ich habe diesen Bericht so verstanden, dass durchaus die Kommunen, für die die Abrechnung des Kindergartenjahres einen enormen Arbeitsaufwand bedeutet, den Flaschenhals darstellen. Dabei spielt zudem der Fachkräftemangel eine zentrale Rolle. Habe ich das richtig verstanden?

**Jens Kamieth (CDU):** Ich möchte den von dem Kollege Dr. Maelzer angesprochenen Punkt betonen: Die Landesregierung zeichnet sich unseres Erachtens dadurch aus, dass sie auf Not angemessen reagiert. Dass nunmehr der Durchgriff zu den Rücklagen möglich ist und man auch aus der Instandhaltung den Betrieb finanzieren kann, hilft wirklich den Trägern. Deswegen ist das besonders hervorzuheben.

Seitens des geschätzten Kollegen wird in Zweifel gezogen, dass die Träger wissen, inwieweit sie tatsächlich auf die Rücklagen zurückgreifen können, da sie noch nicht geprüft worden sind. Ich hingegen gehe stark davon aus – ich lasse mich aber durch das Ministerium oder den Landesrechnungshof gerne eines Besseren belehren –, dass die Träger grundsätzlich gewillt sind, zutreffend abzurechnen

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ja klar!)

und die Prüfung daher kein so großes Risiko für sie darstellt. Wer soll denn die Belegung besser wissen als sie?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Oh!)

Es würde mich wundern, wenn die Träger unter Umständen sehr viel mehr zurückzahlen müssen, als sie vielleicht kalkuliert haben. Die wissen, wie viel aus der Rücklage sie in den Betrieb transferieren können. Davon gehe ich jedenfalls bis zum Beweis des Gegenteils aus.

(Frank Müller [SPD]: Das Geld fehlt dann woanders!)

**LMR'in Dr. Friederike Engler (Landesrechnungshof NRW):** Ich gehe erst einmal auf Ihre erste Frage ein, was der Sinn und Zweck dieser Verwendungsnachweise ist und welche Folgen das Nicht-Vorliegen haben kann. Zunächst möchte ich eine Sache klarstellen: Dass die Verwendungsnachweise nicht vorliegen, ist uns bekannt geworden, da wir die Zuschüsse zur Förderung von plusKITA-Einrichtungen und Sprachförderungen nach dem KiBiz prüfen wollten. Wir wollten unserer Aufgabe nachgehen, die – das ist Sinn und Zweck der Verwendungsnachweise – ordnungsgemäße Verwendung der Landesmittel insoweit zu prüfen. Sie sind zum Nachweis der ordnungsgemäßen Mittelverwendung und -kontrolle erforderlich.

Sie haben nach Konsequenzen gefragt. Eine Konsequenz war, dass wir diese Prüfung nicht durchführen konnten. Weitere sich daraus ergebende Konsequenzen waren von diesem Prüfungsauftrag bei uns nicht umfasst.

Die Frage ging gleichzeitig auch an das Ministerium, deshalb würde ich übergeben.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI):** Zum einen steht es natürlich nicht im Belieben, ob man einen Verwendungsnachweis führt und ob er im Endeffekt zu prüfen ist. Alle dahin gehenden, vielleicht zwischen den Zeilen mit einfließenden Unterstellungen entbehren jeder Grundlage, denn es ist klar, dass ein Verwendungsnachweis zu führen ist. Natürlich ist dem Ministerium bekannt, dass es auch aufgrund der Tatsache, dass es in allen Bereichen Fachkräftemangel gibt und die Verwendungsnachweisprüfung in den letzten Jahren durchaus komplexer geworden ist, weil mehr dazu zählt, zu Verzögerungen gekommen ist.

Den Bericht des Landesrechnungshofes hat das MKJFGFI erneut zum Anlass genommen – erneut zum Anlass genommen! –, mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in den Austausch zu diesem Thema zu gehen und gemeinsam nach Lösungen dafür zu suchen. Dabei sind wir als Landesregierung bemüht, mit den Landesjugendämtern, den örtlichen Jugendämtern und den Trägern einen Weg zu finden, der einerseits die schnellstmögliche Abarbeitung der fehlenden Verwendungsnachweise ermöglicht, aber gleichzeitig die betroffenen Ebenen nicht über Gebühr belastet; auch das wurde in den gemeinsamen Gesprächen in den Blick genommen. Hierzu werden derzeit mit allen relevanten Akteuren intensive Gespräche geführt, die zu einer Lösung führen sollen. Die Gespräche werden natürlich weiter mit Hochdruck geführt, dauern aber aktuell noch an. Über die Ergebnisse werden wir den Ausschuss selbstverständlich weiter informieren.

Unser gemeinsames Interesse ist, gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren im Rahmen der Möglichkeiten der jeweiligen Ebene möglichst schnell zu Lösungen zu kommen. Zudem ist es als Landesregierung unser Interesse, die Akteure im Rahmen unserer Möglichkeiten dabei zu unterstützen.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ich habe in Ihrem Bericht gelesen, dass es ab 2019/2020 „spezialgesetzlich“ geregelt worden ist. Über dieses Wort bin ich gestolpert, da es mir zuvor noch nicht untergekommen ist. Vielleicht können Sie mir erläutern, was mit „spezialgesetzlich“ gemeint ist?

Auch vor 2019/2020 gab es doch schon Verwendungsnachweise, die entsprechend beigebracht worden sind. Bis dahin hat es geklappt. Sind Probleme erst danach entstanden, weil das ausgeweitet worden ist?

**StS Lorenz Bahr (MKJFGFI):** Ich möchte erläutern, wie das Verfahren der Verwendungsnachweisprüfung bzw. der Bewilligung der Mittel aussieht. Dann wird vielleicht deutlich, wie alles zusammenhängt und wie komplex diese Vorgänge sind.

Das Land spricht die entsprechenden Bewilligungen über die Landschaftsverbände an die Jugendamtsbezirke aus. Erst das jeweilige Jugendamt bewilligt die Mittel für den einzelnen Träger. Dieser kaskadenförmige Weg führt so auch zurück, das heißt: Das Jugendamt kann abschließend keinen Verwendungsnachweis vorlegen, wenn nicht alle Träger vor Ort schon ihre Verwendungsnachweise vorgelegt haben. Das macht einen Teil dieses Problems aus.

Das hat sich mit der Einführung des – es ist das von Ihnen angesprochene „Sondergesetzliche“ – KiBiz geändert, wodurch die Verwendung unmittelbar dem Land gegenüber nachgewiesen muss.

Es ist tatsächlich so, wie Herr Kamieth eben gesagt hat: Die Träger wissen nicht erst mit der Verwendungsnachweisprüfung über die Höhe ihrer Rücklagen Bescheid. Vielmehr führen sie vorher mit dem Jugendamt eine Abrechnung durch. Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung treten vielleicht – ich habe mich erkundigt – minimale Verschiebungen auf, aber die grundsätzliche Höhe der Rücklagen ist durchaus bekannt. Dass die Träger ihre Rücklagen einzusetzen haben, ist Ihnen nicht ins Belieben

freigestellt. Das steht so im KiBiz. Aufgrund der im Moment besonderen Situation haben wir es – Sie haben es zitiert – in Bezug auf die Investitionskosten geöffnet. Das ist die Schwierigkeit.

Hinzu kommt: Das Problem hat sich dadurch verstärkt, dass alle Ebenen – Träger, Jugendamt, Landesjugendämter und auch das Ministerium – in den letzten Jahren auch mit anderen Fördermaßnahmen beschäftigt waren; das ist nichts Neues. Das alles muss geprüft werden. Auch wenn das in der Öffentlichkeit vielleicht keine Rolle mehr spielt, sind wir alle im Moment außerdem noch mit der Coronapandemie beschäftigt, die auf allen Ebenen ebenso zu Verzögerungen geführt hat, da dabei Sondermaßnahmen herausgekommen sind.

Deswegen bitte ich Sie, dieses Thema nicht höher zu spielen und mehr zu skandalisieren als nötig. Natürlich ist es ein komplexes und schwieriges Thema, aber ein Kollege aus der Landesregierung hat gesagt – ich traue mich jetzt doch, das zu zitieren, obwohl Sie neben mir sitzen –: Wer den Landesrechnungshof nach Corona nicht an den – ich glaube, er hat sich anders ausgedrückt – Hacken hat, der hat einen Fehler gemacht. Wir alle waren also damit beschäftigt, diese Situation zu retten. Es war niemandem, wirklich niemandem mehr möglich, alles parallel abzuarbeiten.

Insofern haben Sie die Gewissheit – die Ministerin hat es deutlich gemacht –: Wir arbeiten daran zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden, die auch ein Interesse an der Führung dieser Verwendungsnachweisprüfung haben, da sie mit uns im Grunde erst dann in diese KiBiz-Revision gehen können und die kommunal eine Rolle spielenden Zahlen erst dann deutlich werden. Insofern arbeiten alle mit Hochdruck daran, das aufzuarbeiten, aber das braucht noch eine gewisse Zeit.

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Die Frage ist, ob jetzt noch weiter darüber gesprochen werden soll.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich hätte eine Nachfrage!)

– Herr Dr. Maelzer, selbstverständlich.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Herr Staatssekretär, Sie haben ausgeführt, dass die Träger schon frühzeitig Bescheid gewusst hätten, wie groß ihre Rücklagen bzw. Rückzahlungsverpflichtungen seien. Hat denn auch das Land einen Überblick über diese Fragen? Oder hat es diesen Überblick erst, wenn alle Verwendungsnachweise tatsächlich vorliegen?

**StS Lorenz Bahr (MKJFGFI):** Haben wir nicht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sehen Sie!)

**Vorsitzender Wolfgang Jörg:** Gibt es weitere Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei Frau Professorin Mandt und Frau Dr. Engler recht herzlich für Ihre Hilfe und dass Sie die Zeit hatten, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

(Beifall)

## **5 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4585

Ausschussprotokoll 18/444 (Anhörung am 07.12.2023)

*(Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 14.06.2023)*

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache und das Votum auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/477 (Anhörung am 19.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 25.10.2023)*

Das Land, so **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, müsse die die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Beispiel im Bereich der Kindertagesbetreuung in Kitas und in der OGS wirkungsvoller unterstützen. Hielte sich das Land hier zurück, litten die Kommunen darunter.

**Jens Kamieth (CDU)** bringt die ablehnende Haltung seiner Fraktion unter Verweis auf die Bundespolitik zum Ausdruck. Allein schon im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeleitplanung und dem Wachstumschancengesetz entstünden viele Nachteile für die Kommunen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

**7 Entwurf einer Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung „Fonds Frühe Hilfen“ zur Umsetzung der digitalen Antragsplattform der Bundesstiftung Frühe Hilfen**

Vorlage 18/2214

Drucksache 18/7950 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

Der Ausschuss nimmt den Entwurf zur Kenntnis.

**8 Vor verschlossenen Türen? Wie haben sich die Kita-Schließungen seit 2022 entwickelt?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2277

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**9 Bericht über die Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens zum Kinderbildungsgesetz und den weiteren Zeitplan der Evaluation des Kinderbildungsgesetzes** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

gez. Wolfgang Jörg  
Vorsitzender

**3 Anlagen**

18.03.2024/19.03.2024



Forschungsverbund



Deutsches Jugendinstitut  
Technische Universität Dortmund

# Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

Ausgewählte Ergebnisse für NRW  
zu Bestand | Gewinnung | Lücken | Bedarfen



Prof. Dr. Thomas Rauschenbach  
Forschungsverbund  
DJI/TU Dortmund

22.02.24 | Düsseldorf



## Empirische Vermessungen der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) in NRW

### Bestand

- Entwicklung der KJH insgesamt
- Beschäftigungsmerkmale (z.B. Alter, Geschlecht, Teilzeit)
- Arbeitsfeldanalysen (u.a. Kita, ASD, HzE, KJA, JSA)

### Lücken

- Arbeitslosigkeit in Sozial- und Erziehungsberufen
- Offene, unbesetzte Stellen und Personalengpässe
- Krankheitsbedingte Fehlzeiten in soz.päd. Berufsgruppen
- Schließungen aufgrund von Meldungen gem. § 47 SGB VIII

### Gewinnung

- Ausbildungspotenziale
- Berufseinmündung

### Bedarfe

- Künftiger Personalbedarf in Kita bis 2035
- Künftiger Personalbedarf in HzE und anderen Feldern der KJH

# Deutliches Personalwachstum der Kinder- und Jugendhilfe in NRW

Abb. 2.1



Entwicklung der Anzahl des Personals in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW 2010/11 bis 2020/22 (KJH-Statistik)

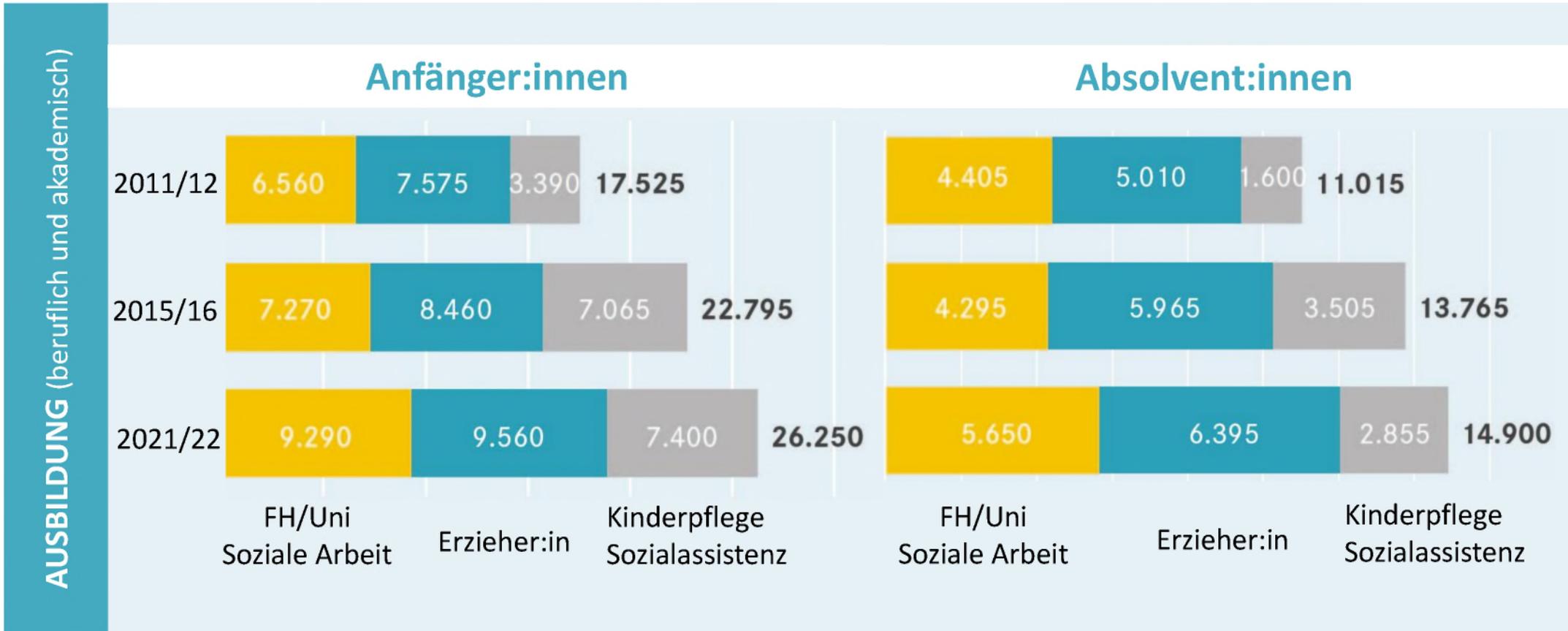
# Deutliches Personalwachstum der Kinder- und Jugendhilfe in NRW

Abb. 2.1



Entwicklung der Anzahl des Personals in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW 2010/11 bis 2020/22 (KJH-Statistik)

# Deutlicher Anstieg sozialpädagogischer Ausbildungszahlen | Abb. 5.15 u. 5.16



Entwicklung der Anfänger:innen und der Absolvent:innen in jugendhilferelevanten Bildungsgängen 2011 bis 2022 (DZHW-ICE)

## Zukunft: Die fortgeschriebenen Ausbildungskapazitäten werden für den Kita-Personalbedarf in NRW bis 2035 nicht ausreichen | Tab. 7.8 und

PERSONALMEHRBEDARFE (bis 2035 in Kita)

<b>(a) Kumulierte Anzahl an potenziellen Neuzugängen in NRW-Kitas ab 2023</b>				
2030	<b>42.000</b> (bei Übergangsquote der Erzieher:innen von 60%)			
2035	<b>67.700</b> (bei Übergangsquote der Erzieher:innen von 60%)			
<b>(b) Anzahl des zur Bedarfsdeckung zusätzlich benötigten Personals in NRW-Kitas im Vergleich zu 2022</b>				
	<b>Szenario 1a: Variante 2 der 15. kBV</b> Erfüllung der Elternbedarfe bis 2030		<b>Szenario 2a: Variante 3 der 15. kBV</b> Erfüllung der Elternbedarfe bis 2030	
	<b>Kita</b>		<b>Kita</b>	
2030	2030 fehlen zwischen <b>16.200</b>		und	<b>20.200</b> Fachkräften
2035	2035 fehlen zwischen <b>9.500</b>		und	<b>15.700</b> Fachkräften

- (a) Potenzielle Neuzugänge für Kinder bis zum Schuleintritt in NRW-Kitas aus einschlägigen Berufs- und Hochschulausbildungen  
(b) Personalgesamtbedarf abzüglich der potenziellen Neuzugänge in NRW bis 2030 und 2035 (*Statistisches Bundesamt*)

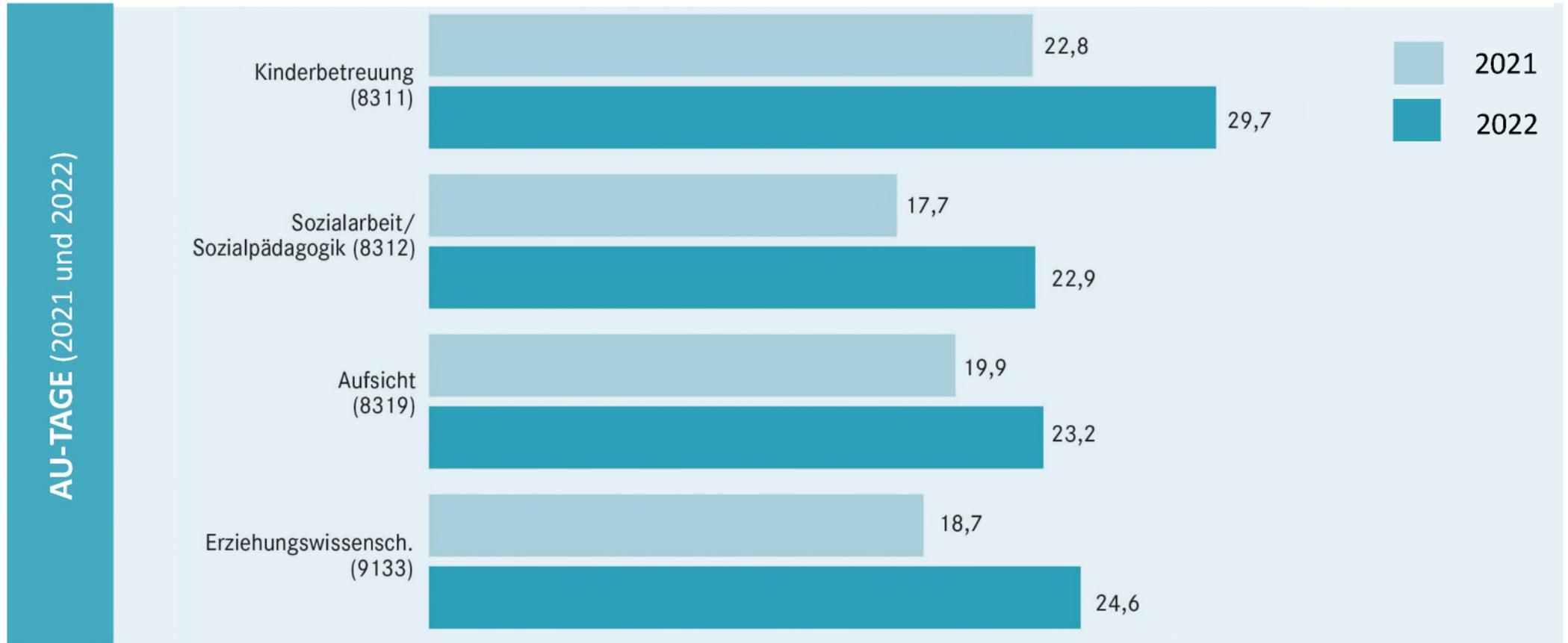
# Indikatoren eines prekären Arbeitsmarktes

## Offene Stellen und gemeldete Arbeitslosigkeit | Tab. 4.3

ARBEITSLOSE UND OFFENE STELLEN	KldB	Berufsgattung	Berufsbenennung (Beispiel)	Arbeitslos gemeldete Personen		Offene Stellen		Auf 100 offene Stellen kommen ... Arbeitslose
				2022	Veränder. zu 2021	2022	Veränder. zu 2021	
				(absolut)	(in %)	(absolut)	(in %)	
	831			19.774	-3,4	7.308	15,8	271
	8311	Berufe in d. Kinderbetreuung/-erziehung						
	83111	Helfer:in	Kinderpflegehelfer:in	3.121	0,8	117	107,5	2.662
	83112	Fachkraft	Kinderpfleger:in	912	-8,9	210	1,5	435
	83113	Spezialist:in	Erzieher:in	1.615	-5,0	2.443	6,0	66
	8312	Berufe in der Sozialarbeit/-pädagogik						
	83122	Fachkraft	Betreuungshelfer:in	829	-4,3	61	90,1	1.370
	83123	Spezialist:in	Sozialpädagog:in (BA)	89	1,4	12	43,7	722
	83124	Expert:in	Sozialpädagog:in	1.487	-9,8	2.007	22,6	74

Relation der arbeitslos gemeldeten Personen zu den gemeldeten sozialversicherungspflichtigen offenen Stellen für die Berufsgruppe 831 und zugehörige Berufsgattungen in NRW 2022 (*Statistik der Arbeitslosen und gemeldeten Stellen der BA*)

## Akute Personalausfälle I: Krankheitsbedingte Fehlzeiten in einschlägigen Berufsuntergruppen | Abb. 4.4



Arbeitsunfähigkeitstage für ausgewählte Berufsuntergruppen der Berufsgruppe 831 und für die „Berufe in der Erziehungswissenschaft“ (9133) in NRW 2021 und 2022 (*Sonderauswertung der Fehlzeiten der Mitglieder der AOK, DAK, TK; eigene Zusammenstellung*)

## Akute Personalausfälle II: Meldungen gem. § 47 SGB VIII | Abb. 4.5



Anzahl der nach § 47 SGB VIII (Personalunterdeckung) meldenden Kindertageseinrichtungen in NRW zwischen Januar 2022 und September 2023 (*Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen Lippe; eigene Zusammenstellung*)

# Bilanz

- Enorme und anhaltende Wachstumsdynamik in KJH insgesamt und insb. Kita
- Zeitgleiche Steigerung der sozialpädagogischen Ausbildungszahlen
- Der Preis des Wachstums:  
Schlechter werdende Angebots-Nachfrage-Dynamik bei den Fachkräften
- Im nächsten Jahrzehnt keine Besserung zu erwarten:  
Personalbedarf übersteigt das Ausbildungsangebot
- Akut prekärer Arbeitsmarkt zeigt sich an Personalengpässen;  
Krankenstände steigen
- Die empirische Gesamtlage in der KJH ist auf den ersten Blick ernüchternd,  
aber nicht hoffnungslos, sofern ein Weiter-So in einem neuen KJH-Bündnis  
überwunden werden kann

Forschungsverbund



Deutsches Jugendinstitut  
Technische Universität Dortmund



Autor:innengruppe Forschungsverbund DJI/TU Dortmund

## Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

Bestand | Lücken | Gewinnung | Bedarfe in NRW

Forschungsverbund DJI/TU Dortmund

## Studie zur Fachkräftesituation der Kinder- und Jugendhilfe in NRW erschienen

Alle Befunde unter:

Autor:innengruppe Forschungsverbund  
DJI/TU Dortmund (2024):  
Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe.  
Bestand, Lücken, Gewinnung, Bedarfe in NRW.



Zum Download ab sofort unter:

<https://wbv.de/isbn/9783763976973>





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Herrn Wolfgang Jörg MdL  
- per E-Mail -



**DENNIS MAELZER**  
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158  
F 0211.884-3185  
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

09.02.2024

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 22.02.2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 22. Februar 2024:

### **1. Vor verschlossenen Türen? Wir haben sich die Kita-Schließungen seit 2022 entwickelt?**

Die Erkältungs- und allgemeine Krankheitswelle hat die Einrichtungen aktuell wieder fest im Griff. Kinder verpassen frühkindliche Bildung, geplante Aktivitäten müssen entfallen, Eltern stehen vor Betreuungsproblemen.

1. Wir bitten die Landesregierung um die Darstellung der Kita-Schließungen auch der Teilschließungen seit Januar 2022 und der aktuellen Situation im laufenden Kalenderjahr.
2. Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung der Schließungen nach Voll- und Teilschließungen, Zugehörigkeit zum Landesjugendamt und Kommune und Länge der jeweiligen Schließung.
3. Bitte die Meldungen nach § 47 SGB VIII mindestens bis einschließlich Januar 2024 nach Landesjugendämtern aufschlüsseln.
4. Wir bitten die Landesregierung um die Darstellung von Lösungen und Angeboten an Eltern und Kinder, um fehlende Bildung und Betreuung zu kompensieren.
5. Welche Auswirkungen hat der Personalmangel auf das kommende Kita-Jahr und die Vergabe von Kita-Plätzen an Kinder in NRW?
6. Wie kann das pädagogische Personal entlastet werden?
7. Was plant die Landesregierung zur Förderung der Gesundheit von Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung?

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



## 2. Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen

Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen weißt im Jahresbericht 2023 auf den unzulässigen Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen hin. Hier wollte das Ministerium laut Bericht eine Besserung zeigen. Ende 2022 bemerkte der Landesrechnungshof aber, dass dies wieder nicht geschehen war. Vielmehr fehlte eine frühzeitige Beteiligung unter anderem bei den drei folgenden wesentlichen Förderprogrammen durch das Land:

- a) Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Sicherung des Zugangs von sozial benachteiligten Familien und Kindern zu Angeboten anerkannter Einrichtungen der Familienbildung,
- b) Fördergrundsätze „Gemeinsam MehrWert 2023/2024“
- c) Fördergrundsätze „kinderstark – NRW schafft Chancen“.

Der Landesrechnungshof schreibt dazu in seinem Bericht:  
„In Aufbau und Inhalt entsprechen etwa die Fördergrundsätze „kinderstark – NRW schafft Chancen“ einer Richtlinie und hätten daher, wie vom Ministerium zugesichert, dem LRH vorgelegt werden müssen. Überdies enthielten die Fördergrundsätze zahlreiche von den VV/VVG zu § 44 LHO abweichende Regelungen. Auch das Ministerium der Finanzen war nicht über den Erlass der Fördergrundsätze informiert worden. Es sah sich daher veranlasst, mit Schreiben vom 23.01.2023 darauf hinzuweisen, dass „die VV/VVG zu § 44 LHO vollständig anzuwenden sind und nicht nach Belieben“. Damit schloss sich das Ministerium der Finanzen der Auffassung des LRH an, wonach dieser bei sämtlichen Fördererlassen – ungeachtet ihrer Bezeichnung – ordnungsgemäß zu beteiligen ist. Der LRH bekräftigt seine Forderung nach einer rechtskonformen und frühzeitigen Beteiligung.“<sup>1</sup>

Finanzministerium und Landesrechnungshof scheinen sich an dieser Stelle einig zu sein.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen Bericht zur Aufklärung des Sachverhalts und zu einer zukünftigen Lösung im Sinne der Antragsteller von Förderprogrammen.

---

<sup>1</sup> <https://lrh.nrw.de/wp-content/uploads/2023/08/Jahresbericht-2023-des-Landesrechnungshofs-Nordrhein-Westfalen.pdf>, S.196.



### 3. Verwendungsnachweise zu Ausgaben nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern

Der Landesrechnungshof hat am 20.12.2023 Landtag und Landesregierung über die Verwendungsnachweise zu Ausgaben nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern unterrichtet.

Der Landesrechnungshof schreibt dazu als Prüfergebnis:

„Er musste feststellen, dass keine VN für das Kindergartenjahr 2020/2021 vorlagen. Das Landesjugendamt beim Landschaftsverband Rheinland teilte dem LRH am 08.05.2023 und erneut am 17.10.2023 mit, dass ihm noch von keinem Jugendamt VN für das Kindergartenjahr 2020/2021 vorlägen. Nicht einmal die Hälfte der VN für das Kindergartenjahr 2019/2020 sei eingegangen. Es sei nicht absehbar, wann dem Landesjugendamt für die Jugendämter seines Zuständigkeitsbereiches sämtliche VN für die Kindergartenjahre 2019/2020 und 2020/2021 vorliegen werden. Das landesweite Fehlen der VN für das Kindergartenjahr 2020/2021 ist auch aus der Antwort der Landesregierung vom 27.06.2023 auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 18/4814, dort unter 3.) zu ersehen.

Angesichts der fehlenden VN wurde die Prüfung mit Entscheidung vom 13.12.2023 abgebrochen, nachdem sie bereits am 12.05.2023 unterbrochen worden war.“<sup>2</sup>

Der Landesrechnungshof kommt nun in seinem Fazit zu folgender, nicht ganz unwichtigen Einschätzung:

„Der LRH beanstandet daher, dass VN seit dem Kindergartenjahr 2019/2020 ausstehen und nicht einmal absehbar ist, wann die fälligen VN vollständig vorliegen werden. Ohne VN fehlt der Nachweis, dass Landesmittel von jährlich mehreren Milliarden Euro zweckentsprechend gemäß dem KiBiz verwendet wurden. Da die VN zudem Grundlage für verpflichtende Prüfungen durch die Landesjugendämter sind – und im Übrigen auch für Prüfungen des LRH –, sind sie zur Kontrolle eines bestimmungsgemäßen Haushaltsvollzuges unerlässlich. Sie sind damit unverzichtbarer Bestandteil einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung des Landes. Ohne sie kann von einem bestimmungsgemäßen Haushaltsvollzug nicht ausgegangen werden.“<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen Bericht wie man eine Prüfung der KiBiz-Mittel sicherstellen will und somit auch eine Kontrolle des bestimmungsmäßigen Haushaltsvollzuges gewährleisten will. Ferner stellt sich die Frage, ob das Ministerium überhaupt gesichert abbilden kann, was die tatsächlichen Kosten der frühkindlichen Bildung in NRW sind. Nimmt man nun noch die vom

---

<sup>2</sup> <https://lrh.nrw.de/wp-content/uploads/2023/12/2023-12-20-Entscheidung-des-LRH-NRW.pdf> S. 4f.

<sup>3</sup> Ebd. S. 5



Landesrechnungshof als Referenz aufgeführte Kleine Anfrage des Abgeordneten Marcel Hafke dazu, ergeben sich folgende weiteren Fragen:

- a) Haben Kitas, die Kinder unterjährig aufgenommen haben bis heute kein Geld für diese Kinder bekommen?
- b) Dürfen Mittel aus der Investitionsrücklage in die Kosten für den Betrieb rücküberführt werden?

Wir bitten die Landesregierung jeweils um einen mündlichen und einen schriftlichen Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Marcel Hafke**Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

An

**Wolfgang Jörg MdL**Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Im Hause

Donnerstag, 15. Februar 24

**Beantragung eines mündlichen Berichts**

— Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der FDP beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 22. Februar 2024, den folgenden Tagesordnungspunkt:

**Bericht über die Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens zum Kinderbildungsgesetz und dem weiteren Zeitplan der Evaluation des Kinderbildungsgesetzes**

— Ich möchte die Landesregierung bitten, im Rahmen der Sitzung des Ausschusses einen mündlichen Bericht zum oben genannten Thema einzubringen.

Im Auftrag der Landesregierung führt PROGNOSE eine Untersuchung zur Evaluierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) durch. In der 26. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 18.01.2024 wurde unter Tagesordnungspunkt 8 die kurzfristige Absage der dritten Dialogveranstaltung zur Evaluation des KiBiz besprochen. Als Grund für die kurzfristige Absage der Veranstaltung nannte die Landesregierung die Datenqualität und die Güte der Evaluationsergebnisse des Gutachtens (s. Vorlage 18/2172). In der Vorlage 18/2172 heißt es mit Blick auf den weiteren Ablauf zum Umgang mit den Ergebnissen des PROGNOSE-Gutachtens und der KiBiz-Evaluation, dass "[d]ie PROGNOSE AG [...] dem MKJFGFI zeitnah in einem ersten Schritt den fertiggestellten Evaluationsbericht vorlegen [wird]. Die Nachholung der Dialogveranstaltung wird sehr bald in einem der Dringlichkeit angemessenen Format erfolgen." Zudem hat die Landesregierung in der Ausschusssitzung mündlich ausgeführt, dass die Dialogveranstaltung im Februar nachgeholt werden soll und dass die Ergebnisse der PROGNOSE-Untersuchung wahrscheinlich in der Sitzung des Ausschusses am 22.02.2024 vorgestellt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich im mündlichen Bericht diese Ergebnisse vorzustellen sowie Auskunft darüber zu erteilen, ob die abgesagte Dialogveranstaltung neu terminiert bzw. bereits wiederholt wurde. Auch bitte ich um Auskunft über den Zeitplan der KiBiz-Evaluation und welchen Einfluss die Verzögerung rund um das PROGNOSE-Gutachten eventuell auf diese hat.

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**

# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Hafke

**Marcel Hafke**

Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**

